

Verbot, die Stadt zu betreten, das Aufkommen apokalyptisch-mystischer Lehren, die Flucht in höhere Welten bzw. in eine Endzeiterwartung. Andererseits reagierten bedeutende rabbinische Autoritäten mit anti-apokalyptischen Äußerungen, die auf Rückführung dieser Hoffnungen in rationale Regionen gerichtet waren. Besonders markant ist hier die Reaktion von R. Jochanan bar Nappacha, einem Schüler von Rabbi Juda dem Fürsten und bedeutenden palästinischen Amoräer, der um die Mitte des 3. nachchristlichen Jahrhunderts wirkte:

Der Heilige, gelobt sei Er, sprach: Ich will das obere Jerusalem nicht eher betreten, als bis ich in das untere Jerusalem komme<sup>50</sup>.

Demnach wäre der Wiederaufbau des zerstörten irdischen Jerusalem die Vorbedingung für Gottes Eintritt in das himmlische Jerusalem. Rabbi Jochanan rüttelte also nicht an der Existenz des oberen Jerusalem, aber er machte es zu einer Art Anhängsel des unteren, insofern als er die Entstehung des himmlischen Jerusalem vom Auf- und Ausbau seines irdischen Gegenstücks abhängig erklärte.

Mir ist es angenehm, diesen Überblick mit der römischen Epoche abzuschließen, wo ich mit beiden Beinen fest auf der Erde stehe; als Historiker der Alten Zeit bin ich schließlich nicht verpflichtet, auch noch Ereignissen nach der muslimischen Eroberung im 7. Jahrhundert nachzuspüren. Doch wenn jemand von Ihnen für das Verständnis moderner Erscheinungen im Judentum, die ihn an Formen des Messianismus erinnern, den Begriff aus dem Altertum mit all seiner Bedeutungsvielfalt heranziehen möchte, so tut er dies mit größerer Berechtigung, als wenn er vergleichbare antike Ereignisse mit einem Messias-Begriff zu erklären sucht, wie er sich im Laufe der folgenden Jahrhunderte im Judentum herausgebildet hat.

Stephen A. Schuker

## Bayern und der rheinische Separatismus 1923–1924\*

Das überlieferte Geschichtsbild betont den tiefen Gegensatz zwischen München und Berlin im kritischen Jahr 1923. In der Hauptstadt der Bewegung kulminierte dieser Gegensatz im Hitler-Putsch vom 8./9. November. Das Scheitern des Putschs löste allerdings weder die grundlegenden politischen noch die verfassungsrechtlichen Fragen<sup>1</sup>.

In den zwei Generationen nach 1871 pflegte das deutsche Reich mit großer Emsigkeit den aufkommenden patriotischen Nationalismus. Aber der selbstbewußte Bau von Monumenten und das Verfassen von national gesinnten Schulbüchern allein trug wenig dazu bei, die kulturellen Unterschiede zwischen Preußen und dem den Wittelsbachern loyalen Bayern zu verringern. In erster Linie katholisch und unbeirrbar agrarisch, wollte das unbekümmerte Bayern seinen geliebten Partikularismus gegen den strengen und pflichtbewußten protestantischen Ethos Preußens schützen, komme er in Form des Junkertums oder des Sozialismus.

Die Entwicklung von Wirtschaft, Finanzen, Verkehr und Kommunikation förderten mit der Zeit eine wachsende Integration. Dennoch trieben die unterschiedlichen Ergebnisse der Revolutionen 1918/19 in Berlin und München die beiden Gebiete weiter auseinander. Es gehört heute zum guten Ton, die Bedeutung der Ereignisse von 1918 in Berlin als „Revolution von oben“ abzuwerten. Trotzdem wurden die Sozialisten zur einflußreichsten Partei bei der Schaffung der neuen Verfassung der Weimarer Republik und auch zur dominanten Kraft in Preußen. Bedeutsamerweise nahm die Reichsregierung, wenn auch ohne innere Überzeugung, den Versailler Vertrag an<sup>2</sup>.

\* Besonderen Dank für ihre Hilfe und Anregungen schuldet der Verfasser Frau Dr. Elisabeth Glaser und Frau Julia Kindt.

<sup>1</sup> Hans Hubert Hofmann, *Der Hitlerputsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920–1924* (München 1961); Harold J. Gordon, Jr., *Hitler and the Beer Hall Putsch* (Princeton 1972).

<sup>2</sup> Eine kenntnisreiche Zusammenfassung der Forschung zur Weimarer Republik gibt Hans Mommsen, *Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918–1933* (Berlin 1989).

<sup>50</sup> b Taanit 5a. Vgl. Ephraim E. Urbach, *Das obere und das untere Jerusalem in: Jerusalem über seine Generationen hin* (Jerusalem 1968) 156–171 [hebr.], wiederabgedruckt in Urbachs hebräischem Aufsatzband (wie Anm. 47) 376–391.

Im Gegensatz dazu lösten die Exzesse der Münchner Räterepublik nach der Ermordung von Kurt Eisner im bayerischen Bürgertum derartige Bedrohungsvorstellungen aus, daß jegliche Zusammenarbeit zwischen SPD und der tonangebenden bayerischen Volkspartei (BVP) unmöglich wurde. Die Reichswehr wurde gerufen, um die Räterepublik zu stürzen. Nachdem der Sturm sich gelegt hatte, fanden in Bayern weniger soziale Veränderungen statt als anderswo. Die alten Eliten behielten ihre Stellung. Die herrschenden Klassen betrachteten den Machtzuwachs der Industriearbeiter in Preußen mit Mißtrauen. Überdies, keine der etablierten Kräfte in Bayern, außer der SPD, akzeptierte den Versailler Vertrag. Ab 1920 unterhielt die bayerische Regierung eine große Einwohnerwehr und bereitete den zahlreichen Freikorps, die gegen die Anerkennung der Kriegsniederlage ankämpften, einen freundlichen Empfang<sup>3</sup>.

Die Mehrheit der Bayern jedweder politischen Überzeugung stießen sich auch daran, in welchem Ausmaß die Weimarer Verfassung die regionalen Rechte beschnitten hatte<sup>4</sup>. Allerdings sollte uns die lärmende Auseinandersetzung über den lokalen Partikularismus nicht dazu verleiten, die Bedeutung dieser Auseinandersetzung zu sehr zu betonen. Um sich Frankreich aktiv zu widersetzen, arbeitete die bayerische Staatskanzlei im Herbst und Winter 1923–24 eng mit den Reichsstellen zusammen. München wie auch Berlin weigerten sich, eine Einigung mit den Besatzungstruppen im Rheinland und in der Pfalz in Betracht zu ziehen. Staatsrat Hans Schmelzle<sup>5</sup>, die entscheidende Figur in der bayerischen Politik unter Ministerpräsident Eugen von Knilling\* und Generalstaatskommissar Gustav von Kahr\*, stimmte in dieser Hinsicht völlig mit dem Reichskanzler und Außenminister Gustav Stresemann\* überein. Beide hielten es mit der Bismarckschen Devise des „Primats der Außenpolitik“. Und beide erkannten in dem Konflikt mit Frankreich über die Ruhr eine Gelegenheit, durch resolutes Handeln das europäische Mächtegleichgewicht zu verändern, das aus dem Ersten Weltkrieg entstanden war. Deshalb zeigte keine der beiden Regierungen sich bereit, Konzessionen zu machen, um das Leiden der Bevölkerung in den besetzten Ge-

<sup>3</sup> Karl Schwend, *Bayern zwischen Monarchie und Diktatur* (München 1954); Wolfgang Benz, *Süddeutschland in der Weimarer Republik* (Berlin 1970); Allan Mitchell, *Revolution in Bavaria, 1918–1919* (Princeton 1965).

<sup>4</sup> D. R. Dorondo, *Bavaria and German Federalism: Reich to Republic* (New York 1992) 1–26; Werner G. Zimmermann, *Bayern und das Reich 1918–1923. Der Bayerische Föderalismus zwischen Revolution und Reaktion* (München 1953). Viele der einschlägigen Dokumente finden sich in Ernst Rudolf Huber (Hrsg.), *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, Bd. 4 (Stuttgart 1991).

<sup>5</sup> Für Kurzbiographien der mit \* bezeichneten Personen siehe Anhang.

bieten zu mildern. Anschaulich ausgedrückt, war, wenn es um Außenpolitik ging, die innere Frontstellung nicht Bayern gegen Preußen, sondern Berlin und München gegen Köln.

\* \* \*

Der Versailler Vertrag von 1919 hat immer noch einen schlechten Ruf im deutschen Volksempfinden. Fachhistoriker gelangen in der Rückschau jedoch keineswegs einmütig zu dem Schluß, daß Deutschland durch den Vertrag eine harte Behandlung erfuhr, mißt man ihn am Grad der deutschen Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs sowie den aggressiven Zielsetzungen während des Krieges. Im Westen verlor das Reich verhältnismäßig wenig Territorium. Zum zukünftigen Schutz seiner äußeren Sicherheit mußte sich Frankreich mit einer fünfzehnjährigen Besetzung des Rheinlands zufriedengeben. Die Besetzung sollte zu dem Zeitpunkt auslaufen, zu dem die Überlegenheit in der deutschen Heeresstärke aufgrund der unterschiedlichen demographischen Entwicklung am größten sein würde<sup>6</sup>.

Nach Kriegsende versuchten die Alliierten von Deutschland Reparationen zu erhalten, genau wie das Deutsche Reich es nach dem Krieg von 1870/71 getan hatte. Sie hatten kaum Erfolg. Der Londoner Zahlungsplan von 1921 bestimmte einen hohen, jedoch nicht unbezahlbaren Betrag. Tatsächlich bezahlten die Alliierten in der Folge das Äquivalent der Netto-Reparationen an Deutschland: Der Kapitalzufluß aus Währungsspekulation und Krediten überstieg die unentgeltlichen Leistungen Deutschlands ans Ausland<sup>7</sup>.

Im Januar 1923 stellte die Regierung Cuno die Zahlungen ein. Frankreich und Belgien besetzten die Ruhr. Der französische Premierminister Raymond Poincaré\*, vom Temperament eher ein Paragrafenreiter, wurde im Simplicissimus als ein Mann porträtiert, der buchstäblich bereit war, deutsche Babys zum Frühstück zu verspeisen. In Wirklichkeit hatte Poincaré monatelang hin- und hermanövriert, um eine Alternative zur Ruhrbesetzung zu finden, die seinen Beratern zufolge nichts einbringen würde. Als er schließlich gezwungen war zu handeln, verglich sein

<sup>6</sup> Die neueste Forschung ist zusammengefaßt in: Manfred Boemeke, Gerald D. Feldman, Elisabeth Glaser (Hrsg.), *The Treaty of Versailles: A Reassessment After Seventy-Five Years* (New York 1998).

<sup>7</sup> Stephen A. Schuker, *American „Reparations“ to Germany, 1919–33* (Princeton 1988).

Kriegsminister sein Dilemma mit dem „einer Henne, die gerade ein Entchen geboren hat“<sup>8</sup>.

In der Tat ließ der Kurs der Regierung Cuno der Henne keinen Ausweg mehr. Berlin proklamierte den passiven Widerstand und hielt ihn erfolgreich für neun Monate aufrecht. Die Regierung druckte Papiergeld und subventionierte die Bevölkerung des Rheinlands und der Ruhr, damit sie nicht für die Besatzer arbeitete<sup>9</sup>. Als im September 1923 die Kosten des passiven Widerstands die deutsche Währung nahezu zerstört hatten, schlug Reichskanzler Stresemann widerstrebend die Beendigung der Unterstützung für den Ruhrkampf vor. Er bezeichnete dies als „interne deutsche Maßnahme“, denn er beabsichtigte „nicht etwa eine Kapitulation“. Er rechtfertigte diesen Schritt mit einer militärischen Analogie: „Kann eine Festung länger gehalten werden, die so viel Proviant verschlingt, daß das gesamte Heer leidet?“ Stresemann zog die amtlichen Verordnungen für den passiven Widerstand zurück. Er unterzeichnete jedoch keine Verpflichtungen und nahm die Reparationsachlieferungen nicht wieder auf. Auch weigerte er sich, die Firmen zu entschädigen, die dies doch taten, und lehnte es ab, den Beamten vor Ort die Zusammenarbeit mit den Invasoren zu befehlen. Er appellierte stattdessen an das Mitgefühl Großbritanniens und der Vereinigten Staaten und wartete in Ruhe die weiteren Ereignisse ab<sup>10</sup>.

Der Kampf an Ruhr und Rhein ging unter diesen geänderten Vorzeichen weiter. Voller Verzweiflung setzte Frankreich nun auf die Karte des rheinischen Separatismus. Im Gegensatz zur herrschenden Meinung in Deutschland hatte Poincaré die Ruhrbesetzung nicht vorrangig aus Erwägungen über die äußere Sicherheit Frankreichs angeordnet. Der Aachener Separatistenputsch am 21. Oktober 1923 traf die Pariser Ministerien völlig unvorbereitet. Der Putsch wurde von Brüsseler Nationalisten angezettelt, die eine niederrheinische Republik zum Schutz Belgiens gegen eine französische Einkreisung schaffen wollten<sup>11</sup>. Obwohl

<sup>8</sup> Journal Edmond Buat, 5. Januar 1923, Institut de France, Paris.

<sup>9</sup> Hinweise auf die immense Forschung über die Ruhrbesetzung und die deutsch-französische Diplomatie geben Jacques Bariéty, *Les Relations franco-allemandes après la première guerre mondiale* (Paris 1977); Peter Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar* (Darmstadt 1985).

<sup>10</sup> Alte Reichskanzlei, Weimarer Republik, Die Kabinette Stresemann I und II (Boppard am Rhein 1978) Bd. 1, 334–377, 378–385, 417–422 (im folgenden zitiert: AR Stresemann). Vgl. allerdings die positiveren Einschätzungen in Michael-Olaf Maxelon, *Stresemann und Frankreich 1914–1929* (Düsseldorf 1972); Christian Baechler, *Gustave Stresemann. De l'impérialisme à la sécurité collective* (Strasbourg 1996).

<sup>11</sup> Neuere historische Einschätzungen haben Walter A. McDougall, *France's Rhineland*

der Aufstand sich also gegen Frankreich richtete, waren sich der Hohe Kommissar Paul Tirard\* in Koblenz und die führenden Beamten im Quai d'Orsay in Paris einig: Wenn die Rheinland-Bewegung nun einmal in Gang gekommen war, konnte man es sich nicht leisten, sie scheitern zu lassen<sup>12</sup>. In den folgenden Wochen gewährten die französischen Besatzungstruppen wohlwollenden Schutz, während die Separatisten öffentliche Gebäude besetzten und die Rheinische Republik proklamierten – in den mittelhheinischen Städten und in der zweiten Novemberwoche auch in der Pfalz.

Die Pfalz ist bekanntermaßen eine Landschaft von überwältigender Schönheit. Unbestreitbar war sie nicht gerade der industrielle Hauptstandort des Rheinlandes. Abgesehen von den Chemieunternehmen in Ludwigshafen gab es nur wenige Fabrikbetriebe, um die man einen Krieg geführt hätte. Mit nur 880 000 Einwohnern war die Pfalz zu klein, um wirtschaftlich selbständig existieren zu können. Trotzdem sprachen die französischen Militärstrategen der Region beträchtliche Bedeutung zu. Sie bildete den logischen Ausgangspunkt für eine französische Offensive durch das Maintal, um im Osten eine Verbindung mit Polen und der Tschechoslowakei zu schaffen. Retrospektiv erscheint die Idee unrealistisch, Frankreichs Stellung gegenüber Deutschland durch Allianzen mit militärisch unterentwickelten Staaten in Osteuropa zu verbessern. Im Sinne dieser übergeordneten Zielsetzung versprach jedoch die militärische Kontrolle der Pfalz, den französischen Hilfszusagen an die östlichen Alliierten mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen<sup>13</sup>.

Zahlreiche französische Zeitungen versuchten den Eindruck zu erwecken, daß die Separatistenbewegung im Rheinland öffentliche Unterstützung genoß. Das französische Außenministerium wußte es besser. Der politische Direktor Peretti de la Rocca\* machte sich keine Illusionen über Josef Matthes, Hans Dorten und die anderen rheinischen Separatisten. Sie waren allesamt, räumte er unter Freunden ein, „Schurken und

Diplomacy 1914–1924 (Princeton 1978) 306–311; Klaus Reimer, *Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918–1933)* (Frankfurt a.M. 1979) 306–313; Christoph W. Jacobs, *Belgien und die Rhein-Ruhrfrage (1918–1923)* (phil. Diss., Bonn 1976) 238–261, präsentiert.

<sup>12</sup> Bariéty, *Relations franco-allemandes* 250–255.

<sup>13</sup> Piotr S. Wandycz, *France and Her Eastern Allies, 1919–1925* (Minneapolis 1962). Für die Einzelheiten von „Plan A“, der nach langen Überlegungen am 1. Januar 1924 in Kraft trat, siehe P.-E. Tournoux, *Défense des frontières: Haut Commandement-Gouvernement 1919–1939* (Paris 1960) 27–47, 333–335.

Tunichtgute<sup>14</sup>. Die Franzosen gaben dennoch vor, daß die Bewegung in der Pfalz tief verwurzelt war. Das Hauptziel Frankreichs war es allerdings, die von den Separatisten gestiftete Unruhe als Druckmittel auszunutzen. Die Regierenden im Rheinland und der Pfalz sollten dazu bewegt werden, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.

Frankreich hatte keine klaren Konzepte über die möglichen Konsequenzen. Wer hätte sie in einem solchen Augenblick? Es gibt Momente in der Geschichte, in denen politische Strukturen ins Wanken geraten. Politiker mit Vorstellungskraft können die Möglichkeiten des Augenblicks erkennen und den Lauf der Geschichte verändern. So nutzte Bismarck 1870 die Emser Depesche, um Frankreich in einen Krieg zu ziehen und das Deutsche Reich zu schaffen. 1989 erkannte Kohl den Fall der Mauer als einmalige Chance, die beiden deutschen Staaten zu vereinen<sup>15</sup>. Nichtsdestoweniger erweist sich manchmal der scheinbare goldene Moment als Narrengold. 1923 setzte Poincaré darauf, die Mängel des Versailler Vertrags beheben zu können. Er verlor. Der kombinierte Widerstand in München und Berlin war dabei entscheidend.

1816 wurde die Rheinpfalz ein Teil des Königreichs Bayern. Zur gleichen Zeit annektierte Preußen die Rheinprovinz, die für eine Generation unter französischer Kontrolle gestanden hatte. Viele Pfälzer hatten den Code Civil Napoleons und die französischen Verwaltungsreformen gutgeheißen. Dennoch entwickelte sich während des 19. Jahrhunderts ein kraftvoller deutscher Patriotismus in der Region. Die Reichsgründung 1871 wurde mit Jubel begrüßt. Die Pfälzer pflegten zudem auch, wie alle deutschen Länder, ein leidenschaftliches Heimatgefühl. Wahre Begeisterung für Bayern stellte sich nicht ein<sup>16</sup>. Religiöse und politische Unterschiede trennten Bayern und die Rheinpfalz; die Tatsache, daß das

Gebiet Badens zwischen ihnen lag, ließ nicht viel Gemeinschaftsgefühl aufkommen. Die Speyerer Zeitung notierte 1918, daß „die Pfalz von Bayern recht stiefmütterlich behandelt wird“<sup>17</sup>. Es gibt jedoch wenig Belege dafür. Tatsächlich wollte die bayerische Regierung die Pfalz unbedingt behalten. Sie schlug während des Ersten Weltkriegs sogar vor, das benachbarte Elsaß zu annektieren<sup>18</sup>. Und obwohl einige Vertreter der bayerischen Geistlichkeit sich gegen den protestantischen Einfluß in der Landesverwaltung wandten, waren in den zwanziger Jahren sowohl Protestanten als auch Pfälzer im bayerischen Staatsdienst überrepräsentiert<sup>19</sup>.

Bis Herbst 1918 glaubten viele Deutsche an einen Sieg im Krieg. Die Bürger der Pfalz teilten diese Hoffnung. Die französische Besatzung im Dezember 1918 kam als traumatischer Schock. Trotzdem erhob sich die Freie Pfalz-Bewegung des Jahres 1919 nie über das Niveau einer komischen Oper. Gewisse Mitglieder der Zentrumsparlei hätten es im Idealfall vorgezogen, sich mit Köln in einer rheinischen Republik zu vereinen. Aber die Freie Pfalz fand wenig Anhänger. Der Putschversuch des Chemikers Eberhard Haas am 1. Juni in Speyer fiel kläglich in sich zusammen<sup>20</sup>.

Vor allem veranlaßten die Ereignisse des Jahres 1919 die bayerische Regierung dazu, zur Tat zu schreiten. Der ausgewiesene Regierungspräsident Theodor von Winterstein\*, ein imponierender und selbstloser Beamter, sollte eine Verteidigungstroika organisieren, um ähnliche Versuche in Zukunft abzuwehren. Im August 1919 vergab der bayerische Landtag 10 Millionen Mark für die Verteidigung der Pfalz. Die Mittel sollten für Zwecke der Kulturpropaganda, der industriellen Entwicklung

<sup>14</sup> Botschafter Edmond Gaiffier d'Hestroy an Henri Jaspard, 13. November 1923, *Série Politique* 10.441/3, Ministère des Affaires Étrangères et du Commerce Extérieur, Brüssel.

<sup>15</sup> *Lawrence Steefel*, *Bismarck, the Hohenzollern Candidacy, and the Origins of the Franco-Prussian War of 1870* (Cambridge MA 1962); *Lothar Gall*, *Bismarck, der weiße Revolutionär* (Berlin 1980); *Helmut Kohl*, *Ich wollte Deutschlands Einheit*, dargestellt von *Kai Diekmann* und *Ralf Georg Reuth* (Berlin 1996); *Philip Zelikow* und *Condoleezza Rice*, *Germany Unified and Europe Transformed* (Cambridge MA 1995).

<sup>16</sup> Siehe *Kurt Baumann*, *Die Pfalz und die französische Revolution sowie Die Pfalz und die Reichsgründung von 1871*, in: *Kurt Andermann* (Hrsg.), *Von Geschichte und Menschen der Pfalz* (Speyer 1984) 179–197, 349–364; *F. Thalmann*, *Die Pfalz in der Zeit der Französischen Revolution und Napoleons*, in: *Michael Geiger*, *Günter Preuß* und *Karl-Heinz Rothenberger*, *Pfälzische Landeskunde* (Landau 1981) 153–178; *Ernst Otto Bräunche*, *Parteien und Reichstagswahlen in der Rheinpfalz von der Reichsgründung 1871 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914* (Speyer 1982); *Celia Applegate*, *A Nation of Provincials: The German Idea of Heimat* (Berkeley 1990).

<sup>17</sup> *Speyerer Zeitung*, 5. März 1918, zitiert bei: *Ernst Otto Bräunche*, *Die Pfalz muß deutsch bleiben. Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Pfälzischen Hypothekenbank* (Speyer 1986) Bd. 2, 229.

<sup>18</sup> Siehe die Akte „Grenzangelegenheiten: Elsass-Lothringen Frage 1914–18“, *Bayerische Gesandtschaft Berlin Nr. 1130*, *Bayerisches Hauptstaatsarchiv*, München (im folgenden zitiert: BHSStA).

<sup>19</sup> *Heinrich Jolas*, *Berufliche Erlebnisse eines Pfalz-Bayerischen Verwaltungsbeamten*, 3 Bde., Bd. 2, 291–292, C 1381, *Landesarchiv Speyer* (im folgenden zitiert: *Jolas*, *Berufliche Erlebnisse*).

<sup>20</sup> *Gerhard Gräber* und *Matthias Spindler*, *Revolver Republik am Rhein. Die Pfalz und ihre Separatisten, November 1918–November 1923* (Landau 1992) 39–55; *Dr. Ritter-Mannheim* (Hrsg.), *Paul Jacquot, General Gérard und die Pfalz* (Berlin 1920). Zum größeren Zusammenhang siehe *Henning Köhler*, *Novemberrevolution und Frankreich. Die französische Deutschland-Politik 1918–1919* (Düsseldorf 1980). Die Akten der 8. französischen Armee streichen das vorherrschende Chaos und die Inkompetenz der SRAC (*Services des Relations avec les Autorités Civiles*) heraus, 16 N 1666–1669, *Service Historique de l'Armée de Terre*, Vincennes.

sowie für politische Aktivitäten genutzt werden<sup>21</sup>. Als Staatskommissar für die Pfalz brachte Winterstein die lokalen Parteiführer dazu, sich der Münchner Linie zu unterwerfen und in einem Aktionsausschuß zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig gründete er im badischen Mannheim die Zentralstelle für Pfälzische Angelegenheiten zur Koordinierung der Propaganda, des Nachrichtenwesens sowie der direkten Aktionen gegen die Besatzungskräfte<sup>22</sup>.

Diese Pfalzzentrale wurde 1921 pro forma aufgrund von französischen Beschwerden aufgelöst und in Heidelberg unter dem Namen „Haupthilfestelle für die Pfalz“ reorganisiert. Die Haupthilfestelle dirigierte durch ihre Propagandaeinheit, getarnt mit dem unschuldigen Namen Südwestdeutscher Verlag, die Pressekampagne gegen die Kolonialtruppen Frankreichs, die sogenannte 'Schwarze Schmach' am Rhein. Sie finanzierte diese Arbeit aus Mitteln der Reichsstelle für Heimatdienst in Berlin sowie des Staatsministeriums des Äußern in München. Ray Beveridge, die in den USA geborene und nunmehr in Bayern ansässige Frauenrechtlerin, hielt im Auftrag der Haupthilfestelle eine Reihe bemerkenswerter Vorträge<sup>23</sup>. Dabei stellte sie u.a. ein unterernährtes, sechsjähriges deutsches Kind zur Schau sowie ein strammes neunmonatiges Baby, das sie als „schwarzen Bastard“ präsentierte. In Heidelberg entstand also eine gut durchorganisierte Dienststelle. 1923–24 konnte sie ausgebaut und zum Zwecke der aktiven Abwehr mobilisiert werden<sup>24</sup>.

Die Haupthilfestelle war eine außergewöhnliche Institution. Sie war vom Münchner Ministerium des Äußern gegründet worden, erschien aber auf keinem Organisationsplan und operierte teilweise im Untergrund. Ihr Leiter mußte die Fähigkeiten eines Heeresoffiziers, Guerillachefs, Verwaltungsbeamten, Journalisten und Public Relations-Experten in sich vereinigen. Winterstein fand in Dr. August Ritter von Eberlein\*, der zeitweilig als Sicherheitsfachmann für die Regierung Johannes Hoffmann in Bamberg arbeitete, einen solchen Mann.

Eberleins Autobiographie zeigt in komprimierter Form die Vieldeutigkeiten seines Lebenslaufes<sup>25</sup>. Als promovierter Historiker war Eber-

<sup>21</sup> Siehe die Akten „Hilfsaktion für die Pfalz“ und „Wintersteinfonds“, Ministerium des Äußern, MA 107751–107754, 107757, BHStA.

<sup>22</sup> Für eine kurze Verwaltungsgeschichte dieser Stelle siehe den Bericht an Herrn Staatskommissar für die Pfalz, 12. September 1922, MA 108271, BHStA.

<sup>23</sup> *Ray Beveridge, Die schwarze Schmach* (Heidelberg 1921); auch *Mein Leben für euch* (Berlin 1937).

<sup>24</sup> *Jolas, Berufliche Erlebnisse* Bd. 2, 108.

<sup>25</sup> „Vom Max-Josef-Ritter zum Kriegsverbrecher“, Anhang zu seinem Roman, *Die Spionin vom Rhein* (Berlin 1930) 147–254.

lein bei Kriegsbeginn Direktor der städtischen höheren Töchterschule Pirmasens. Seine Aufsehen erregende Erscheinung und enorme physische Energie wirkten anziehend auf junge Frauen. Er wurde just zu dem Zeitpunkt als Leutnant des 18. Bayerischen Infanterieregiments mobilisiert, um eine Untersuchung seiner extra-curricularen Aktivitäten an der Schule zu vermeiden. Während des Einmarsches in Frankreich hatte Eberlein seine Kompanie in St. Dié von Freischärlern eingeschlossen gefunden. Kurzentschlossen drang er in ein Café ein und fesselte drei Zivilisten davor auf Stühle und schützte auf diese Weise seine Truppen, bis Verstärkung eintraf. In der Folge führten die Franzosen ihn als Nr. 42 auf der Liste der deutschen Kriegsverbrecher; im Gegensatz dazu verlieh ihm Bayern die höchsten militärischen Ehrungen für Tapferkeit. Waghalsig, äußerst erfinderisch und skrupellos erwies sich Oberregierungsrat von Eberlein als Dorn im Fleische der französischen Besetzung, indem er 1923 mühelos zwischen Propagandatätigkeit, passivem Widerstand und Sabotage hin und her wechselte<sup>26</sup>.

Eberleins Schwäche lag auf dem Gebiet der Verwaltung. Nachdem die Franzosen die Kreisregierung in Speyer aufgrund mangelnder Zusammenarbeit ausgewiesen hatten, wurde eine bayerische Geschäftsstelle im Heidelberger Exil unter der Leitung des erfahrenen Regierungspräsidenten Jakob Mathéus\* aufgebaut. Mathéus besaß ausgezeichnete Verbindungen mit den pfälzischen Gewerkschaften wie auch mit dem Bürgertum. Die Geschäftsstelle hatte ihr Büro in demselben Gebäude auf der Klingenteichstraße, in dem sich auch die Haupthilfestelle befand. Die Kreisregierung im Exil und die Geheimoperation diskutierten ihre gegenseitigen Zielsetzungen täglich<sup>27</sup>. Unvermeidlicherweise ergaben sich Differenzen über die zu verfolgende Taktik. Die Nr. 2 im Münchner Pfalzkommissariat Heinrich Jolas\* monierte, daß Eberlein keinen Gemeinschaftssinn zeigte. Der „lebhaft fühlende und sprechende, von starkem Geltungsdrang besessene Mann war geneigt, Ansichten, die den seinen zuwiderliefen, als unmoralisch zu betrachten“. Es überraschte kaum, daß der Freistaat Bayern nach dem Ende der Krise Eberlein und

<sup>26</sup> Siehe die Aktenbestände im Staatsministerium zu Eberlein MA 108356 und 107726; ebenfalls die Vormerkung Jolas, 16. Dezember 1930, in MA 107668, BHStA. Die Franzosen bewahrten einen reichen Aktenbestand über Ritter von Eberlein auf, zusammengefaßt in Note remise par le Haut Commissaire de France à la Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans, 10. Januar 1924 a/s „Dr. Ritter von Eberlein“, Série B-Relations Commerciales Nr. 352, Ministère des Affaires Étrangères, Paris (im folgenden zitiert: B-RC, MAE).

<sup>27</sup> Bayerischer Gesandtschaftsrat Stuttgart an Ministerium des Äußern, 2. November 1925, MA 107725, BHStA.

seine Mitarbeiter im Stich ließ. Man tat dies mit der Begründung, daß sie ja nicht 'beamtet' waren<sup>28</sup>.

Während der Ruhrbesetzung bildete sich jedoch eine intime Zusammenarbeit zwischen den Einheiten des Abwehrkampfes in München, Heidelberg und Berlin heraus. Unter dem stillschweigenden Motto, daß „der unveränderte Bestand der Westgrenze wichtiger ist als irgend ein anderes deutsches Problem“, führte man einen halboffiziellen Kleinkrieg gegen Frankreich. Staatsrat Hans Schmelzle, der Leiter dieser Abwehrstellen, war 1920 von Kahr in die bayerische Staatskanzlei geholt worden. Er zeigte jedoch keine Bewunderung für Kahrs Verdienste als Generalstaatskommissar. Die Bürokraten pflegten zu witzeln: „Kahr ist kein Kopf, sondern ein Schädel.“ Schmelzle unterhielt eine höfliche aber kühle Beziehung zu Ministerpräsident Eugen von Knilling. Knilling war als Mensch recht attraktiv: ein scharfsinniger Jurist, Freund der geselligen Unterhaltung und Mittelpunkt eines Kränzchens weiblicher Verehrerinnen, das von Außenseitern sein Hühnerhof genannt wurde. Vor 1918 war er ein vielbewundener Kultusminister. Während der Krise von 1923 erwies er sich jedoch als zu wendig, um dem Druck der vaterländischen Verbände entgegenzuwirken. Dennoch überließ Knilling Schmelzle klugerweise alles, was mit der besetzten Pfalz zu tun hatte<sup>29</sup>.

Schmelzle galt als ein Arbeitstier. Er hatte außer seiner öffentlichen Funktion keine ernsthaften Interessen. Er lachte nie und saß zwölf Stunden am Tag an seinem Schreibtisch in der Staatskanzlei, um seine Akten durchzuarbeiten. Schon früh verwitwet, galt „seine leidenschaftliche Liebe dem ... ehrwürdigen bayerischen Staat“. Als passionierter Anhänger des „guten alten Rechts“ weigerte sich Schmelzle, den Versailler Vertrag für rechtens zu erklären, da er seinem Eigensinn in Rechtsfragen zuwiderlief. So schloß 1921 die Ludwigshafener Eisenbahndirektion ein pragmatisches Abkommen mit den Franzosen. In diesem verpachtete die bayerische Regierung einen Teil der Ludwigshafener Hafenanlagen an die französische Verwaltung, um Ruhrkohle zu verschiffen. Die Kräne würden dem Reparationskonto gutgeschrieben werden, aber im Hafen verbleiben; Bayern würde dafür Pachtgebühren einstreichen. Obwohl die Landesfinanzen davon profitiert hätten, lehnte Schmelzle das Arrangement ab. „Die Kohlen sind an Frankreich zu liefern auf Grund des dem

<sup>28</sup> Jolas, *Berufliche Erlebnisse* Bd. 2, 106–107, 306.

<sup>29</sup> Ebd. Bd. 2, 243–246, 250–251.

Reich aufgezwungenen Versailler Vertrags“, stellte er fest. „Bayern schließt freiwillig keinen Vertrag zum Vollzug jenes Friedensdiktats.“<sup>30</sup>

Schmelzle sammelte um sich einen Kreis gleichgesinnter Beamter. Lorenz Wappes\*, der nach Publicity strebende Staatskommissar für die Pfalz ab 1921, verbrachte einen Großteil seiner Zeit auf Inspektionsreisen. Seine Untergebenen nannten ihn „Reiseonkel“. Aber Schmelzle arbeitete direkt mit den Dienststellen von Wappes zusammen wie auch mit der Haupthilfestelle in Heidelberg. Zu seinen Kontakten gehörten Pfälzer wie Eugen Mayer\* und Friedrich Profit\*, die wohlüberlegt dem Stab des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete in Berlin zugeordnet wurden. Schmelzle koordinierte auch jeden Tag die Amtsgeschäfte mit Konrad von Preger\*, dem bayerischen Gesandten in Berlin, sowie mit dessen Stellvertreter, dem gleichmütigen Franz Sperr\*, vormals Vertreter Bayerns bei der Obersten Heeresleitung, der über alte Verbindungen zur Reichswehr verfügte<sup>31</sup>.

Mitte September propagierte der DNVP-Politiker Karl Jarres\*, kurz darauf Innenminister im zweiten Kabinett Stresemann, die Strategie der „Versackungspolitik“. Deutschland solle den Versailler Vertrag für „aufgehoben“ erklären und zum Kriegszustand zurückkehren. Zwar würden die Franzosen noch mehr deutsches Gebiet besetzen, das Rheinland würde vorübergehend verlorengehen. Jedoch würde die Versackungspolitik das öffentliche Bewußtsein festigen und den Tag des „europäischen Kampfes“ näher bringen, an dem Deutschland alles zurückerobert werde<sup>32</sup>. Mehrere Minister in Stresemanns zweitem Kabinett, darunter Jarres, Luther, Brauns, Gessler und Koeth, traten energisch für die Versackungspolitik ein. Sie hielten nicht nur das Rheinland bereits für verloren; sie glaubten ebenfalls, daß Deutschland nicht die Rentenmark einführen könne, solange es Erwerbslosenunterstützung an zwei Millionen Arbeiter in den besetzten Gebieten zahlte.

Die Sozialdemokraten bekämpften die Versackungspolitik als Beschwichtigungstaktik gegenüber der Rechten und verließen schließlich das Kabinett. Hermann Müller-Franken faßte die Auffassung innerhalb der Partei zusammen: „Lieber Rheinland oder Bayern verlieren? Lieber

<sup>30</sup> Ebd. Bd. 2, 276–282.

<sup>31</sup> Ebd. Bd. 2, 213–219, 235–240, 274–275, 287–291.

<sup>32</sup> OB Jarres an Mehlich, 10. September 1923, AR Kab. Stresemann Bd. 1, 217–20, 232–34; mit leichter Abweichung im Nachlaß Karl Jarres Nr. 49, Bundesarchiv Koblenz. Belege dafür, daß rechtsextreme Politiker und zumindest einige hohe Planungsoffiziere bei der Reichswehr einen Krieg gegen Frankreich innerhalb der nächsten zwei Jahre für sinnvoll hielten, finden sich bei *Raffael Scheck*, Alfred von Tirpitz and German Right-Wing Politics, 1914–1930 (Atlantic Highlands N.J. 1998) 132–143.

das letztere.<sup>33</sup> Es wird häufig übersehen, daß Schmelzle ebenfalls gegen die Versackungspolitik eintrat; schließlich überredete er auch Kahr und Knilling. Der klar zum Ausdruck gebrachte Standpunkt Bayerns spielte in den wegweisenden Diskussionen zwischen dem Reichskabinett und dem sogenannten Fünfzehnerausschuß, dem Sonderausschuß für die besetzten Gebiete, im November und Anfang Dezember eine wichtige Rolle<sup>34</sup>.

Die wörtlichen Protokolle von Ministerrat Franz Sperr geben uns ein klareres Bild dieser kritischen Besprechungen als die flüchtigen Berichte in den Akten der Reichskanzlei. Das dramatische Treffen am 13. November hat die Aura einer Legende. Der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer\* setzte sich für die Weiterführung der Erwerbslosenfürsorge durch das Reich ein. „Das Rheinland muß mehr wert sein als ein oder zwei oder selbst drei neue Währungen.“<sup>35</sup> Dagegen insistierte der preußische Ministerpräsident Otto Braun: „Wir sind m. E. nicht mehr in der Lage zu helfen. Wir müssen gewissermaßen das besetzte Gebiet seinem Schicksal überlassen.“<sup>36</sup> Jarres verfocht abermals die harte Linie: „Faktisch ist das besetzte Gebiet schon vom Reich getrennt. Diese Trennung wird sich infolge der Finanzsorgen verschärfen. ... Ich habe die Zuversicht, daß wir nur vorübergehend getrennt werden. Später werden wir uns wiederfinden.“<sup>37</sup> Konfrontiert mit diesem Dilemma weigerte sich die Reichsregierung, dem Fünfzehnerausschuß breite politische Verhandlungen mit dem Hohen Kommissar Tirard über Eigenstaatlichkeit oder Autonomie für das Rheinland zu gestatten. Berlin erlaubte jedoch die Fortführung der schwammig definierten Gespräche über die „Erweiterung der Selbstverwaltung“<sup>38</sup>. Die bayerische Regierung widersetzte sich hingegen allen bedeutsamen Verhandlungen zwischen Rheinlandern und den Besatzungsmächten.

Im Herbst 1923 hegte man in der Pfalz mehr Sympathie für den Separatismus als irgendwo anders am Rhein. Den passiven Widerstand hatten die Franzosen mit der Ausweisung von 21 000 Beamten erwidert. Fast

der gesamte Regierungsapparat war betroffen. Nur wenige einheimische Führungskräfte waren verblieben. Die Wirtschaft befand sich in einer tiefen Krise. Die Arbeitslosigkeit in den Textil-, Schuh-, Leder-, Holz und Papierindustrien bewegte sich um 80 Prozent. Die Firmen verfügten kaum über Arbeitskapital. Da die Preise in der Pfalz höher waren als im nichtbesetzten Reich, konnte man nicht darauf hoffen, Waren über den Rhein hinweg zu verkaufen, zumal diese auch noch mit dem von den Franzosen verfügten internen Zoll belastet waren. Der Absatz stockte<sup>39</sup>.

Die Bauern, organisiert in der Freien Bauernschaft, lehnten die Zwangswirtschaft ab, nach deren Verordnungen sie Milch, Getreide und Gemüse für immer wertlosere Papiermark feilzubieten hatten. In den Grenzgebieten, wo die Bauern ihre Produkte auch für Francs verkaufen konnten, erhitzten sich die Gemüter. Franz-Josef Heinz-Orbis\*, ein halbgebildeter Bauernführer, von dieser Konstellation in ihm unbekanntes Gefilde der internationalen Politik gerissen, suchte nach Möglichkeiten, die Interessen seiner Standesgenossen zu verteidigen<sup>40</sup>. Er appellierte sogar einmal an Adolf Hitler, konnte ihn aber nicht für die Belange der Bauern interessieren<sup>41</sup>. Schließlich wandte sich Heinz der Autonomie zu, in der er eine politische Lösung für die Pfalz zu finden hoffte. Zwar fühlte sich die Mehrheit des Bürgertums weniger dem Reich entfremdet als die Arbeiterschaft und die Bauern, jedoch hegten einige kleine Geschäftsleute und ein großer Teil der Lehrerschaft ebenfalls Vorlieben für die Autonomie<sup>42</sup>. Der örtliche Delegierte Frankreichs, der listige General Adalbert de Metz\*, hatte einstmals als Stabsoffizier unter dem Kolonisationsminister Lyautey in Marokko gedient. Er sah nun eine Gelegenheit, ins Rampenlicht der Geschichte zu treten und einem Karriereabschluß als Brigadekommandant eines öden Provinznests aus dem Weg zu gehen. Seit vier Jahren hatte de Metz freundschaftliche Beziehungen zu den lokalen Parteiorganisationen gepflegt. Hier schien die einmalige Chance gekommen, eine Bauern-Arbeiter-Koalition für die Autonomie der Pfalz und die Sicherheit Frankreichs aufzubauen<sup>43</sup>.

<sup>33</sup> Aufzeichnung Wilhelm Keils über die Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion, 2. November 1923, Nachlaß Wilhelm Keil, Mappe 40, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg (im folgenden zitiert: AdSD).

<sup>34</sup> Siehe die Berichte vom 6., 13., 17., 27. und 29. November und 5. Dezember 1923 in MA 107697; auch in Bayerische Gesandtschaft Berlin 1421 und 1735 (im folgenden zitiert: BGB), BHStA.

<sup>35</sup> AR Kabinett Stresemann Bd. 2, 1059.

<sup>36</sup> Ebd. Bd. 2, 1052.

<sup>37</sup> Ebd. Bd. 2, 1046.

<sup>38</sup> Ebd. Bd. 2, 1054.

<sup>39</sup> Comité Ministériel Restreint, 10. Dezember 1923, B-RC 157, MAE.

<sup>40</sup> Siehe den kritischen Bericht von Heinz' Rivalen in der Bauernbewegung Rudolf Hamm, Freie Bauernschaft, Heinz-Orbis und Separatismus (Delesterhof 1930). Jolas, Berufliche Erlebnisse Bd. 2, 262–263, berichtet über das merkwürdige Gespräch, als er und Heinz zufälligerweise ein Zugabteil teilten.

<sup>41</sup> Zeugenaussage von Schwester Barbara Heinz im Römerprozeß, Der Rheinpfälzer, 23. April 1931, MA 107668, BHStA.

<sup>42</sup> Lagebericht des Pfälzer Treubunds, 17. November 1923, MA 107648, BHStA.

<sup>43</sup> Siehe de Metz' persönliche Akte in AJ9/4107 (Haut Commissariat de la République Française dans les Provinces du Rhin), Archives Nationales, Paris; seine Korrespondenz

In Anspruch genommen von dem Konflikt mit Berlin ignorierte Ministerpräsident von Knilling zunächst die Gefahr. Am 3. Oktober bat ihn eine Gruppe pfälzischer Landtagsabgeordneter, die bayerischen Verordnungen gegen die Linksparteien abzuschwächen. Diese Maßnahmen verstimmten die Arbeitermassen und die Gewerkschaften in der Pfalz. Nachdem er mit strenger Miene zugehört hatte, antwortete Knilling knapp: „Hier wird nicht marxistisch, hier wird bayerisch regiert.“ Der SPD-Landtagsabgeordnete Bruno Körner beharrte: „Auch auf die Gefahr hin, daß die Pfalz dabei verloren geht?“ „Ich habe meiner Erklärung nichts hinzuzufügen“, erwiderte der Ministerpräsident. Körner warnte: „Dann wird bei der bevorstehenden Aktion die pfälzische Arbeiterschaft Gewehr bei Fuß stehen.“ Knilling zuckte mit den Schultern. Die Männer waren entlassen<sup>44</sup>. Das Motto unter den pfälzischen Sozialisten hatte seit langem gelautet: „Mit Bayern für das Reich, jawohl. Mit Bayern gegen das Reich, niemals!“<sup>45</sup> Nach der disastösen Unterredung mit dem Ministerpräsidenten erklärte Körner offen, die Sozialisten würden dafür sorgen, daß „die Pfalz nicht für das Reich verloren geht“. Aber selbst wenn sie an einer separatistischen Aktion nicht teilnehmen würden, war es ihnen „gleichgültig, ob die Pfalz für Bayern verloren geht“<sup>46</sup>.

Kahr reagierte ähnlich wie Knilling. Der Generalstaatskommissar unterschätzte allerdings keineswegs das Ausmaß der Unzufriedenheit in der Pfalz. Am 16. Oktober brachte Franz Bauer, der Leiter des Akademischen Rheinpfalzausschusses und dritter Mann in der Haupthilfestelle, einen ausgewiesenen Zweibrücker Rechtsanwalt namens Edgar Jung in Kahrs Büro. Der streitbare Jurist sollte später als Autor der jungkonservativen Kampfschrift „Die Herrschaft der Minderwertigen“ und danach als Inspirator der Marburger Rede Franz von Papens einen gewissen Ruhm erlangen<sup>47</sup>. 1923 hatte er geholfen, einen Kampfverband gegen

mit Marschall Hubert Lyautey in Papiers Lyautey, 475 AP 274, Archives Nationales, Paris; und seine periodischen Gespräche mit Gesandtschaftsrat Siegmund Knoch in MA 107715, 107740; insb. Knoch an Staatsministerium des Außern, 26. Oktober 1923, MA 107648, BHStA; zahlreiche weitere Gespräche finden sich ebenfalls in den Knoch-Akten, R12/208, Landesarchiv Speyer.

<sup>44</sup> Jolas, Berufliche Erlebnisse Bd. 2, 246–248, zitiert die Niederschrift Oberlehrers Bernhard Lang, 3. Oktober 1923.

<sup>45</sup> Erster Staatsanwalt bei dem Landgerichte Würzburg an Staatsministerium der Justiz, 27. November 1923, MA 107672, BHStA; ähnlich in *Gräber* und *Spindler*, Revolver Republik 398.

<sup>46</sup> Jolas, Berufliche Erlebnisse Bd. 2, 247–248.

<sup>47</sup> Siehe *Friedrich Grass*, Edgar Julius Jung (1894–1934), in: *Kurt Baumann* (Hrsg.), *Pfälzer Lebensbilder* (Speyer 1964) Bd. 1, 320–348; *Edmund Forschbach*, Edgar J. Jung als konservativer Revolutionär, 30. Juni 1934 (Pfullingen 1984), beide hagiographisch.

den Separatismus aufzubauen. Eine amtliche Genehmigung vorausgesetzt, sollte dieser Verband auch französische Offiziere ermorden<sup>48</sup>. Selbst Jung zeigte sich pessimistisch, was seine Landsleute anbetraf. „Die breite Masse der pfälzischen Bevölkerung ist unbedingt für eine Pfalz nach Art des Saargebietes“, gab er zähneknirschend zu<sup>49</sup>. Kahrs Hauptzielsetzung war jedoch eine andere. Er erwartete Probleme in der Pfalz, teilte er dem Ministerrat am 19. Oktober mit, falls Bayern in offener Mißachtung der Anordnungen aus Berlin den Reichswehrkommandanten Otto von Lossow im Dienst hielte. „Die Regierung könne sich aber ihre Entschlüsse nicht aus der Rücksicht auf die Pfälzischen Sozialdemokraten vorschreiben lassen.“<sup>50</sup> Jungs Gruppe war vorher, wie viele andere Kampfverbände, vom Reichswehrkreiskommando VII unterstützt worden. Kahr zog es vor, durch zusätzliche Mittelvergaben für Jungs Organisation die Gefahr in der Pfalz abzuwenden<sup>51</sup>.

In der vierten Oktoberwoche gerieten die pfälzischen Sozialisten in Verzweiflung. Sie repräsentierten etwa ein Drittel der Bevölkerung. Eine Delegation unter dem ehemaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann\* kehrte aus Berlin in der traurigen Gewißheit zurück, daß die dort Zuständigen weder den Widerstand gegen die Franzosen aufgeben noch die hungrigen und bald frierenden Pfälzer unterstützen würden. Die Pfalz hatte somit den Preis für Berlins Unmachgiebigkeit zu zahlen. „Die Deputation verließ Berlin“, so Hoffmann, „in großer Hoffnungslosigkeit ... und in dem Gefühl, in einem ... politischen wichtigen Augenblick vom Reiche im Stich gelassen zu sein.“<sup>52</sup> Zwei zusammenlaufende Entwicklungen führten in der Folge Hoffmann und seine Parteigenossen dazu, eine Autonomielösung für die Pfalz im Rahmen des Reichs anzustreben. Nahezu gleichzeitig besetzten Separatistenbanden die Städte am Mittelrhein, und die Münchner Regierung ver-

Forschbach, ehemaliger Jung-Assistent und in den fünfziger Jahren Leiter des Presseamts der Bundesregierung, hat sich sehr darum bemüht, Jungs Image als Vorbild der Rechtsopposition gegen den Nationalsozialismus von Flecken zu befreien. Siehe Nachlaß Edmund Forschbach, I-199/012-2/014-1,2, Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (im folgenden zitiert: *ACDP*), St. Augustin.

<sup>48</sup> Siehe Jungs „Denkschrift über die Freiheitsbewegung der Westmark“, 24. Juni 1923, MA 107636, BHStA.

<sup>49</sup> Bericht vom 16. Oktober 1923, Generalstaatskommissar Nr. 26 (im folgenden zitiert: *GSStK*), BHStA; ebenfalls zitiert bei *Gräber* und *Spindler*, Revolver Republik 644.

<sup>50</sup> MA 99518, BHStA; wiederabgedruckt in *Ernst Deuerlein* (Hrsg.), *Der Hitler-Putsch*. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923 (Stuttgart 1962) 235.

<sup>51</sup> Kahr an Herrn Finanzminister, 20. Oktober 1923, GSStK 100, BHStA.

<sup>52</sup> „Die Lage in der Pfalz“, *Pfälzische Freie Presse*, 15. Oktober 1923, wiederabgedruckt in *Gräber* und *Spindler*, Revolver Republik 831–832.

schärfte ihren Widerstand gegen Berlin. Wie Hoffmann öffentlich erklärte: „So groß in unsern Reihen die Empörung und der Haß gegen die bayerische Regierung und ihre reichszerstörende Politik ist, so hätten wir doch ohne die Separatistengefahr an unserem früheren Standpunkt festgehalten: Die Aktion gegen Bayern erst zu unternehmen, wenn der Bruch mit dem Reich offiziell vollzogen ist. Aber gerade ... die Separatistengefahr drängte zu einem raschen Entschluß.“<sup>53</sup>

Wie die bürgerlichen Parteien in der Pfalz reagiert hätten, hätte Frankreich klüger agiert, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Der Delegierte Frankreichs in Zweibrücken bemerkte später, daß die Frucht reif gewesen sei. Das Problem war, sie zu pflücken<sup>54</sup>. Paris ließ es zu, daß ihm die Frucht durch die Finger rutschte und am Boden verfaulte. General de Metz, ein glühender Katholik, der einer alten aristokratischen Familie entstammte, setzte seine Hoffnungen auf Michael Bayersdörfer\* von der BVP. Er bedauerte die Bildung „einer neuen Bastion des Marxismus und Sozialismus am Rhein ... unmittelbar vor den Grenzen Frankreichs“. Nur widerstrebend entschloß er sich, die Hoffmann-Aktion zu unterstützen<sup>55</sup>. Hoffmann kam auch nicht sofort bei den Vorgesetzten des Generals an. In einem Gespräch mit dem Hohen Kommissar Tirard sah er sich genötigt, eine Entscheidung über die künftige Bindung der Pfalz an das Reich zu vertagen. Hoffmann stellte jedoch zwei Bedingungen. Paris müsse die Finanzierung der Regierungsgeschäfte und die Nahrungsmittelversorgung garantieren bis die Pfalz ihre Finanzen in Ordnung gebracht hatte, und es müsse die Pfalz den Weg der Rheinischen Provinzen gehen lassen. Poincaré sah sich gezwungen, ohne ausreichende Information zu antworten; er lehnte das Angebot ab. Eine bloße Loslösung von Bayern bedeute keine „wirkliche Autonomie“. Warum

<sup>53</sup> „Das Schicksal der Pfalz und des Rheinlandes“, Pfälzische Freie Presse, 29. Oktober 1923, wiederabgedruckt in *Gräber und Spindler*, Revolver Republik 832–834; s.a. die Interpretation in ebd. 379–571; *Hans Fenske*, Der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich im Herbst 1923 und die pfälzische Sozialdemokratie, in: *Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz* 71 (1974) 203–216; biographische Information in *Diethard Hennig*, Johannes Hoffmann, Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident (München 1990). Als Beleg für die starke Abneigung, die Nationalisten gegen Hoffmann hegten, siehe Äußerung des Domkapitulars Jakob Hildenbrand, 24. Oktober 1923, NL Gustav Wolff, I-100/93, ACDP.

<sup>54</sup> Col. Defoort, Rapport Spéciale No. 1154, 29. Dezember 1923, Série Z (Europe)-Rive Gauche du Rhin 38 (im folgenden zitiert: Z-RG), MAE.

<sup>55</sup> Gesandtschaftsrat Knoch an Staatsministerium des Äußern, 26. Oktober 1923, MA 107648, BHStA.

solle er „die Autorität von Herrn Stresemann stärken ohne einen Vorteil für Frankreich zu erhalten?“<sup>56</sup>

Hoffmann zog seinen Vorschlag zurück; der Moment zum Handeln war vorbei. Die SPD schickte Otto Wels aus Berlin, um die Einheitsfront wiederaufzubauen; während Hoffmann seine parlamentarische Immunität behielt, versuchte die bayerische Regierung ihn zu isolieren und seine Vertrauten durch die Androhung gesetzlicher Maßnahmen einzuschüchtern<sup>57</sup>. In Gewerkschaftskreisen und der SPD gäerte es nach wie vor unter der Oberfläche, selbst nach dem Scheitern des Hitlerputsches. Als die Separatisten am 10. November die Regierungsgebäude in Speyer besetzten, berichtete der zuständige Beamte, daß „die sozialdemokratischen Gewerkschaften ... nicht nur passiv abseits standen, sondern es diesen durch Hinhalten der Abwehr ermöglichen wollten, einmal die Bayerische Regierung zu beseitigen. ... Sie erwarteten bestimmt eine Neuregulierung der staatsrechtlichen Verhältnisse und ... sahen ... die separatistische Regierung nur als eine harmlose, vorübergehende Erscheinung an, die auf französischen Befehl verschwinden würde“<sup>58</sup>. Ende Dezember argumentierte Eberlein von der Haupthilfestelle ganz ähnlich, daß „der ganze separatistische Schwindel trotz aller französischen Unterstützung mit einem Schlag weggefegt werden könnte, wenn es gelingen würde, die Arbeiterschaft aus dem Banne des Hoffmann'schen Defaitismus herauszureißen“<sup>59</sup>.

Die absolutistische Haltung des Freistaates resultierte aus der Wahrnehmung einer doppelten Bedrohung. Auf einer Ministerratssitzung am 19. November legte die Regierung ihre Strategie gegenüber der separatistischen Gefahr fest. Maßgebende Sachbearbeiter äußerten die Überzeugung, daß Frankreich sich nicht mit einem autonomen Rheinland im Reichsverband bescheiden würde, sondern „die Zerschlagung Deutschlands in seine früheren Bestandteile“ anstrebe. Gleichzeitig fürchtete man, daß weite Teile der pfälzischen Bevölkerung eine Vereinigung mit

<sup>56</sup> Telegramme Tirard an MAE, 25.-26. Oktober; Notiz von Peretti, 25. Oktober; Telegramme von Poincaré, 25. und 26. Oktober 1923, Z-RG 34, MAE.

<sup>57</sup> Aufzeichnung Wilhelm Keils über die Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion, 31. Oktober 1923, Nachlaß W. Keil, Mappe 40, AdSD; Staatsanwalt bei dem Landgerichte Würzburg Schülain an Staatsministerium der Justiz, 27. November 1923, MA 107672; auch in Ministerium des Innern 47099, BHStA; Staatsrat Dr. von Nüsslein an Staatsministerium der Justiz, 29. Februar 1924, MA 107672; Eberlein an Staatskommissar für die Pfalz, 15. Januar 1924, MA 107648, BHStA.

<sup>58</sup> Eberlein an Staatskommissar für die Pfalz, 15. Januar 1924, MA 107648, BHStA.

<sup>59</sup> Eberlein an Staatskommissar für die Pfalz, 24. Dezember 1923; s.a. 14. Dezember 1923, MA 107648, BHStA.

dem Rheinland vorziehen würden, solange sie eine gewisse administrative Selbständigkeit behalten könnten. Demgemäß beharrte Staatsrat Schmelzle kategorisch darauf, daß es „keinen Rheinstaat und keinen Anschluß der Pfalz an einen solchen geben dürfe“. Obwohl Berlin bereit erschien, begrenzte Gespräche durch den Fünfzehnerausschuß zu tolerieren, schloß Knilling jegliche Verhandlungen aus. „Man dürfe sich zwar nicht verhehlen, daß es zurzeit mit der Ausübung der bayerischen Hoheit in der Pfalz schlecht bestellt sei und wir uns die Pfalz eigentlich erst dann und zwar mit Waffengewalt werden zurückholen können, wenn eine ganz andere europäische Konstellation eingetreten sei; aber selbst diese Aussicht würde außerordentlich erschwert, wenn sich jetzt ein eigener Rheinstaat bilden würde.“<sup>60</sup>

Bayern beschloß demzufolge, Baden, Hessen und Oldenburg gegen den sogenannten „Kölnischen Staat“ zusammenzutrommeln, und die herrschenden Gruppen in der Pfalz zu ermahnen, zur kölnischen Richtung Abstand zu halten. Aus der finanziellen Zwangslage heraus hatte der rheinisch dominierte Fünfzehnerausschuß in der zweiten Novemberhälfte beschlossen, daß man mit Tirard so gut wie es ging verhandeln sollte<sup>61</sup>. Der vorherrschende Defätismus in Berlin hatte sogar den Gesandten von Preger ergriffen. Dieser rief am 19. November eine pfälzische Abordnung unter der Führung von Michael Bayersdörfer dazu auf, sich vaterlandstreu zu verhalten und zum Reich auf Distanz zu gehen: „Ihre Pflicht und Ihr Gewissen gebieten Ihnen, zu handeln und sich unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen dem neu zu schaffenden, rheinischen Staatsgebilde anzuschließen.“<sup>62</sup> Am folgenden Tag machten Knilling und Schmelzle diese Anordnung wieder rückgängig und drohten stattdessen Bayersdörfers Gruppe Strafverfolgung wegen Landesverrats an, falls sie diesen Weg gehen würden. Ihre rheinländischen Kollegen ersehnten vielleicht „die Lösung ihrer Heimat vom preußischen Staat“. Aber eine derartige Vorsorge bedeute schon „eine halbe Preisgabe des positiven Willens auf Erhalten des bestehenden Zustandes. Und ... jedes

<sup>60</sup> Ministerratssitzung, 19. November 1923, MA 107697, Kopie auch in MA 99518, BHStA.

<sup>61</sup> Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg (Stuttgart 1966) 121–155; Henning Köhler, Adenauer und die Rheinische Republik (Opladen 1986) 196–230; Klaus Reimer, Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung 338–345, 356–368.

<sup>62</sup> Protokoll über Verhandlungen einer pfälzischen Delegation bei dem Herrn bayer. Gesandten von Preger im Gesandtschaftsgebäude zu Berlin, 19. November 1923, MA 108274, BHStA.

Abgehen vom Bestehenden [sei] ein Hinabgleiten ins Ungewisse“<sup>63</sup>. München ließ eine Mischung von nationalen und rassistischen Themen im Aktionsausschuß Pfalz laut werden. Es gäbe keine Garantien, daß „die Herren Louis Levi genannt Hagen\*, der ungekrönte Wirtschaftsgewaltige des Rheinlandes, und der aus der ‚Los von Berlin‘ Bewegung des Jahres 1919 bekannt gewordene Oberbürgermeister Adenauer ... die in nationalen Dingen erforderliche pupillarische Sicherheit bieten“<sup>64</sup>.

Auf Treffen mit anderen süddeutschen Staaten äußerte Schmelzle ein verfassungsrechtliches Argument gegen jegliche Verhandlungslösung: „Auch wenn der Rheinstaat kommen sollte, dürfte er nicht mit der Zustimmung der Reichs- oder einer Landesregierung kommen. ... Wir würden uns des Rechtes begeben, in der Zukunft den Rheinstaat als Akt der Vergewaltigung hinzustellen und die Franzosen anzuklagen, wenn wir in irgendeiner Form der beabsichtigten staatlichen Neubildung entgegenkämen.“<sup>65</sup> Jedoch erwies sich die Eigenstaatlichkeit als das entscheidende Moment. Unter diesem Banner konnten sich die Zentrumspolitiker und Sozialdemokraten von Hessen, Baden und Oldenburg zusammenfinden und sich der bayerischen Position anschließen. Wie der hessische Justizminister Otto von Brentano bemerkte, konnte Rumpfhessen nicht weiter als selbständiger Staat bestehen, falls Rheinhessen sich einem westdeutschen Bundesstaat anschlosse. „Wenn es je wieder zu einer Rückgewinnung des Rheinstaates käme, so würde dieser ganz von Preußen eingesteckt werden. ... Für [mich] aber wäre ein Anschluß etwa an Preußen ganz und gar ausgeschlossen; lieber würde [ich mich] an die Türkei anschließen.“<sup>66</sup>

Der Wendepunkt in der Reichspolitik kam zwischen dem 5. und 7. Dezember. Das neugebildete Kabinett Marx bot den besetzten Gebieten weitere Erwerbslosenunterstützung und einige Industriekredite an. Es gestattete den dortigen Lokalverwaltungen auch, die Hälfte der Steuereinkünfte für sich zu behalten. Auf der anderen Seite untersagte man den einheimischen Ausschüssen im Rheinland weitere politische Verhand-

<sup>63</sup> Dr. Will Hausmann (ehemaliger Referent des Pfalzkommissariats) an Jolas, 12. Juni 1936, zitiert in: Jolas, Berufliche Erlebnisse Bd. 2, 270–72; s.a. Die Pfalz unter französischer Besatzung von 1918 bis 1930, hrsg. vom Bayerischen Staatskommissar für die Pfalz (München 1930) 179.

<sup>64</sup> Gesandtschaftsrat Knoch (Heidelberg) an Staatsrat Schmelzle, 29. November 1923, MA 107697, BHStA.

<sup>65</sup> Vormerkung Schmelzle, 28. November 1923, MA 107697, BHStA.

<sup>66</sup> Ebd., s.a. Vormerkung über die Sitzung der Ländervertreter zu Heidelberg am 22. November 1923, MA 107697, BHStA.

lungen mit dem Hohen Kommissar Tirard in Koblenz<sup>67</sup>. Innenminister Jarres teilte Adenauer mit: „Nicht das Kabinett habe seine Meinung geändert, sondern die Verhältnisse hätten sich geändert.“<sup>68</sup> Jarres' Äußerung war gleichzeitig wahr und falsch. Es traf zu, daß die Rentenmark sich wunderbarerweise gehalten hatte und daß sich die düstere Situation vom November einigermaßen aufgehellt hatte. Jedoch hatte das Reich, anders als Stresemann es behauptet hatte, noch keine direkten Verhandlungen mit Frankreich angeknüpft. Auch hatte Stresemann nicht vor, in solchen Gesprächen ein ernsthaftes Angebot zu machen. Geheimrat Heinrich von Friedberg vom Auswärtigen Amt versicherte Bayern, daß „wir bei den Verhandlungen nur Forderungen zu erheben, keine Konzessionen zu machen hätten“<sup>69</sup>. Mit dieser Hinhaltetaktik gewann Stresemann entscheidenden Handlungsspielraum. Im Januar 1924 erläuterte er sein Manöver gegenüber dem Reichsrat: „Wären solche Verhandlungen nicht eingeleitet worden, so wären die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Rheinlandes und der Rheinlandkommission, die bereits im Zuge waren, ... weitergegangen, während die Reichsregierung mit dem Argument, daß sie nunmehr selbst in solchen Verhandlungen stehe, den Rheinlandvertretern verbieten könne, ihrerseits sich an die Rheinlandkommission zu wenden.“<sup>70</sup>

Am 7. Dezember konnte Dr. Siegmund Knoch\* von der Heidelberger Geschäftsstelle jubelnd feststellen, daß das Reichskabinett sich der Linie

<sup>67</sup> Sperr an Staatsministerium des Äußern, 6. Dezember 1923, MA 107697, BHStA; auch AR Kabinett Stresemann Bd. 2, 39–65, 78–82; verspätete französische Einsichten in diese Arrangements zeigen sich in Botschafter Pierre de Margerie No. 941 an Poincaré, 15. Dezember 1923 (als question rhénane), Z-RG 37, MAE.

<sup>68</sup> Besprechung des Kabinetts mit Vertretern des besetzten Gebietes, 7. Dezember 1923, AR Kab. Stresemann Bd. 2, 63.

<sup>69</sup> Zitiert in: Sperr an Staatsministerium des Äußern, 18. Dezember 1923, BGB 1421, BHStA. Beamte im Quai d'Orsay gaben während der folgenden Monate wiederholt ihrer Frustration über Stresemanns irreführende Taktik Ausdruck. Unterstaatssekretär Jules Laroche sprach über „Lügen“, „Verrat“ und „Täuschung“; General Degoutte zitierte die Einschätzung von Dr. Albert Wiedemann von der Kölner Handelskammer, „grossière tromperie“ [grober Betrug]. Jedoch konnten die französischen Dementis nicht den öffentlichen Eindruck abwehren, daß geheime Verhandlungen im Gange waren. Siehe Margerie an Poincaré, 15. Dezember 1923, Z-RG 37; Poincaré an Tirard, 24. Dezember 1923, 5. Februar, 6. März 1924, bzw. Z-RG 38, 41, 43; Kommentar Laroche, 17. Februar 1924, in Z-RG 42; Degoutte an Président du Conseil, 27. Februar 1924, Z-RG 42, MAE.

<sup>70</sup> Rede Stresemanns an den Auswärtigen Ausschuß des Reichsrats, zitiert in: Preger an Staatsministerium des Äußern, 15. Januar 1924, BGB 1435, BHStA. Trotzdem gab Stresemann noch mehrere Wochen danach gegenüber Adenauer vor, daß er seine „geheimen“ Verhandlungen mit den Franzosen nicht enthüllen konnte. Siehe Besprechung des Rhein-Ruhr Ausschusses des Kabinetts mit Vertretern des besetzten Gebietes, 7. Februar 1924, Alte Reichskanzlei, Die Kabinette Marx I und II (Boppard am Rhein 1973) Bd. 1, 329–335.

Bayerns angeschlossen habe: „Westdeutschland darf nicht amputiert werden, um Restdeutschland zu retten.“<sup>71</sup> Weder die französischen Besatzer noch die deutsche Öffentlichkeit erfaßten völlig, daß eine Wende eingetreten war. Die wirtschaftliche Lage in den besetzten Gebieten blieb verzweifelt; selbst nach den Micum-Abkommen vom 23. November, die es der Kohle- und Stahlindustrie an der Ruhr erlaubten, die Produktion wieder aufzunehmen, blieb die Pfalz ein Katastrophengebiet. Der Kölner Bankier Louis Hagen fuhr fort, die Voraussetzungen für die Gründung einer rheinischen Gold-Notenbank zu prüfen<sup>72</sup>. Und Oberbürgermeister Adenauer gab die Hoffnung, eine echte Verständigung zwischen den deutschen und französischen Nationen gemäß der von ihm seit 1919 verfochtenen Linie herbeizuführen, nicht auf.

Von Adenauers Kölner Perspektive bildete das Rheinland das Herz Deutschlands. Wie er 1925 reflektierte, habe „man ... im Rheinland nicht immer das Gefühl gehabt, als ob die rheinische Frage in der Politik, auch in der Auslandspolitik, die entscheidene Frage gewesen sei. Man habe unter dem Eindruck gestanden, als ob im unbesetzten Deutschland die innerpolitischen Streitigkeiten in dem Vordergrund gestanden hätten.“<sup>73</sup> Adenauer suchte eine umfassende Entspannung einschließlich einer allgemeinen Lösung der Reparationsfrage, einen Austausch von Kohle gegen Eisenerz, den Abzug der Besatzungstruppen sowie, um die äußere Sicherheit Frankreichs zu gewährleisten, die Schaffung eines nordrhein-westfälischen Bundesstaates im Rahmen des Reichs. Solch ein Staat würde die schädliche Machtfülle sowohl der Junker als auch der preußischen Sozialisten verringern und einen aktiven Beitrag für den Frieden liefern<sup>74</sup>. Adenauers Vision kam jedoch eine Generation zu früh.

<sup>71</sup> Knoch an Staatsrat Schmelzle, 7. Dezember 1923, MA 107697, BHStA.

<sup>72</sup> Hans Otto Schötz, Der Kampf um die Mark 1923/24 (Berlin 1987) 51–99; s.a. Gerald D. Feldman, The Great Disorder (New York 1993) 821–835.

<sup>73</sup> Zitiert in: Sperr an Staatsministerium des Äußeren, 10. Januar 1925, BGB 1735, BHStA.

<sup>74</sup> Eine grobe Zusammenfassung von Adenauers Auffassungen findet sich in seinen Gesprächen mit V.-M. Arnaud, 4. und 28. Dezember, „Gegenvorschlag“ an Tirard, 12. Dezember; s.a. Adenauer an Hamspohn, 28. Dezember 1923; auch Unterredung mit Tirard, 19. Januar 1924, in: Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik 327–331, 336–346, 367–368. Arnauds Briefe nach Paris in Z-RG 37–38, MAE, zeigen kein substantiell unterschiedliches Bild. Allerdings wollte der Hohe Kommissar Tirard aktiv die Meldungen gestalten, die nach Paris gehen sollten. Seine Telegramme vom 15. November, 15. Dezember 1923 und 13. Februar 1924, Z-RG 36, 37, 39, MAE, über die Gespräche vom 14. und 27. November weichen von den deutschen Darstellungen ab; er berichtete überhaupt nicht über die Gespräche vom 27. Dezember und 19. Januar. Tirards selektive Berichterstattung hat eine wissenschaftliche Polemik provoziert. Da der Quai d'Orsay Adenauer für einen unbeugsamen Nationalisten hielt, schrieb Tirard ihm listigerweise am 15. November die Patenschaft seiner eigenen Ideen zu. Köhler, Adenauer und die Rheinische Republik

Die Vereinigten Staaten hatten sich aus Europa zurückgezogen. Keine andere Macht hätte einen Gleichgewichtsfrieden durchsetzen können. Es gab keine Lösung der Reparationsfrage, die sowohl Frankreich als auch Deutschland freiwillig akzeptiert hätten. Mehr noch, die Regierung in Berlin wurde während der meisten Zeit der Weimarer Republik durch hartgesichtige Nationalisten wie Stresemann oder noch radikalere Revisionisten dominiert. Solche Politiker hatten sich nie von ihren annektonistischen Phantasien aus dem Krieg losgesagt und nie den status quo aufgrund der von Versailles verfügten Ordnung innerlich akzeptiert. Zudem war Dezember 1923 der ungünstigste Moment, eine Détente vorzubereiten.

\* \* \*

Anfang November begannen die Autonomisten, die öffentlichen Gebäude in der Pfalz zu besetzen. Generalstaatskommissar von Kahr reagierte, indem er den bewaffneten Konflikt auf die nächsthöhere Ebene trug. „Die Pfalz ist m. E. für uns zur Zeit nicht mehr zu retten“, teilte er Ministerpräsident von Knilling mit, „sondern muß später auf dem Schlachtfeld wieder gewonnen werden. Was jetzt von Bayern geschehen muß, ist die Erweckung und Erhaltung einer Irredenta.“ Er empfahl, daß die Staatsregierung Edgar Jung mit Geld und Gewehren ausstatten solle. „Die Kampforganisation der Pfalz verspricht dafür, die Sonderbündler glatt zu erledigen und scheut keine Gefahr.“<sup>75</sup>

Über die Notwendigkeit der Finanzierung einer direkten Aktion erklärte man sich bei den entscheidenden Stellen in Berlin und München mit gehöriger Leidenschaft einig. Trotz Kahrs Klagen über das jüdisch-marxistische Regime in der Hauptstadt arbeiteten das Reich und die bayerischen Stellen nahtlos während der Phase des sogenannten passiven Widerstands zusammen, indem man nichtamtliche Gewaltausübung subventionierte. Die Haupthilfestelle erhielt den Großteil ihrer Mittel von der Reichskanzlei oder vom Reichsministerium für die besetzten Gebiete. Ministerialdirektor Franz Kempner von der Reichskanzlei bezog das erforderliche Geld aus einem Fonds für die „Unterstützung notleidender Deutscher aus dem Ausland“. Der Reichsminister für die

207–209, hat dieses Telegramm eher unvorsichtig interpretiert, um den Kölner Oberbürgermeister zu beschuldigen.

<sup>75</sup> Kahr an Knilling, 7. November 1923, GSStK 26, BHStA.

besetzten Gebiete Johannes Fuchs verwaltete persönlich das Konto „Reichsmittel für Abwehr von Separatistenbanden“. Das Rheinministerium leistete am 13. Oktober eine erste Zahlung für „Beschaffung von Abwehrwaffen“, zumeist Handfeuerwaffen und Gummiknüppel. Berlin spuckte periodisch weitere Beträge bis zum folgenden März aus; wie alle guten Beamten rechneten die Empfänger ihre Kosten sorgfältig ab. Am 9. November lieferten die Mauser-Werke 100 Selbstlade-Pistolen und 6000 Patronen an die Haupthilfestelle Heidelberg, wobei man Eberlein in charakteristischer Manier daran erinnerte, daß die Zahlungen „in wertbeständiger Währung“ zu entrichten waren<sup>76</sup>. Der private Sektor leistete ebenfalls eine großzügige Spende. Der frühere Münchner Polizeipräsident Eduard Nortz\* erhielt einen Dollarbetrag von seinem Bruder, einem New Yorker Kaffeimporteur<sup>77</sup>. Der unternehmerische Jung, der die Kunst beherrschte, Geld aus verschiedenen Quellen für den gleichen Zweck einzustreichen, lebte im Stil eines Grandseigneurs im feinsten Heidelberger Hotel<sup>78</sup>.

Im Sommer 1923 kehrte Theodor von Winterstein vorübergehend als „Sonderbevollmächtigter“ des Außenministeriums nach Heidelberg zurück. Der passive Widerstand war erschlaft. Winterstein befahl Walter Antz\*, dem zuständigen Mann für die Polizei im Pfalzkommissariat, ein Sonderkommando zu organisieren, dessen Auftrag darin bestand, „Schädlinge in den eigenen Reihen“ zu eliminieren. Obwohl in Bayern zahllose paramilitärische Verbände mit Tausenden von bewaffneten Mitgliedern beheimatet waren, konnte Antz überraschenderweise für diese Aufgabe niemand geeigneteren finden als Edgar Jung<sup>79</sup>.

Antz wußte, daß Jung seine Leistungen im Krieg übertrieben hatte; Antz' Vetter Jolas bezeichnete ihn als „eine sehr unerfreuliche Erscheinung“; und Eberlein ging mit der Zeit dazu über, ihn als „einen politi-

<sup>76</sup> Eine detaillierte Aufzählung all dieser finanziellen Transaktionen, eingeschlossen der zugehörigen Quittungen, kann in der Akte „Reichs- und Landesmittel zur Bekämpfung des Separatismus“, MA 107692, BHStA, gefunden werden.

<sup>77</sup> Jolas, Berufliche Erlebnisse Bd. 2, 266–267; Otto Betz an Staatskommissar für die Pfalz, 14. September 1927, Mappe „Pfälzer Angelegenheiten“, Nachlaß Eduard Nortz/Heinrich Jolas, BHStA.

<sup>78</sup> Vormerkung Jolas, 13. Juli 1930, MA 107674. Im Herbst beschaffte sich Jung 8000 Rentenmark vom Staatsministerium der Finanzen, um die Ermordung von Heinz-Orbis zu finanzieren; anschließend erhielt er von Nortz eine Spende von 10000 Rentenmark in bar für den selben Zweck. Siehe Vormerkungen Jolas, 7. Juni 1930, 2. Januar 1931 sowie Walter Antz an Jolas, 27. März 1931, MA 107668 and 107674, BHStA.

<sup>79</sup> Antz an Jolas, 27. März 1931, MA 107674, BHStA.

sehen Hochstapler und charakterlosen Burschen“ zu betrachten<sup>80</sup>. Als jedoch Antz in geheimer Mission in der Woche nach dem Hitlerputsch die Pfalz auskundschaftete, fand er heraus, daß der lokale Widerstand gegen die Separatisten zusammengebrochen war. Einzelne Terrorakte versprachen wenig. Zudem würden „die Arbeiter, durch die Vorgänge in München mißtrauisch geworden, nicht dazu zu bewegen sein, durch Massenkundgebungen die Separatisten zu vertreiben“. Antz griff angesichts dessen auf den von Kahr bevorzugten Plan für den Einsatz einer Kommandogruppe zurück, die alle Separatistenführer „auf einen Schlag“ vernichten sollte<sup>81</sup>. Ein solcher Plan entsprach gleichfalls den Wünschen des Reichsministers für die besetzten Gebiete. Dieser hatte Ende Oktober die Anordnung bestätigt, daß „die Usurpatoren gewaltsam aus den öffentlichen Gebäuden herauszuwerfen [sind], soweit ein Zusammenstoß mit den Besatzungstruppen damit nicht verbunden ist“<sup>82</sup>.

Antz fand heraus, daß Frankreich die Separatisten nicht mit modernen Waffen versorgt hatte. Die Banden, die überall in der Pfalz die Rathäuser besetzt hatten, besaßen zumeist lediglich Handfeuerwaffen und Jagdgewehre; für ernsthafte Zusammenstöße verfügten sie über eine mobile Stoßtruppe von 80 Männern und eine Rotkreuzschwester, „deren Hauptgewerbe allerdings auf einem andern Gebiet zu liegen scheint“<sup>83</sup>. Gleichviel, die autonome Regierung arbeitete nicht nur in dem Regierungsgebäude von Speyer, sondern schlief auch dort. Deshalb versprach ein frontaler Angriff keinen Erfolg<sup>84</sup>.

Mitte Dezember verbesserten sich die Aussichten für einen strategischen Schlag, gleichzeitig verstärkte sich der Druck für eine Aktion von oben. Kundschafter berichteten, daß Heinz-Orbis und seine Kabinettskollegen angreifbar erschienen, weil sie jede Nacht im unbewachten Wittelsbacher Hof in Speyer aßen<sup>85</sup>. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Autonomisten die faktische Macht über alle Städte mit Ausnahme Zwei-

<sup>80</sup> Jolas an Dr. Eugen Mayer, 12. Februar 1931; Strafsache Jung gegen Eberlein, 17. März 1926, MA 107674, BHStA.

<sup>81</sup> Antz an Jolas, 27. März 1931, MA 107674; Antz an Staatskommissar für die Pfalz, 11. und 13. November 1923, MA 107668, BHStA.

<sup>82</sup> Erlaß Generalkommissar Carl Christian Schmid, Reichsministerium für die besetzten Gebiete, 23. Oktober 1923, MA 107648, der die vorherige Anordnung bestätigt, die in Sperr an Ministerium des Äußern, 12. Juli 1923, MA 107647, BHStA, übermittelt wurde.

<sup>83</sup> Antz an Staatskommissar für die Pfalz, 13. November 1923, MA 107668, BHStA.

<sup>84</sup> Die Haupthilfestelle wiederholte diese Einschätzung, siehe Eberlein an Staatskommissar für die Pfalz, 8. November 1923, MA 107648, BHStA.

<sup>85</sup> Im Dritten Reich zu einer Art nationalen Denkmal geworden, dient der Wittelsbacher Hof heute als Pizzeria und Jugendtreff. Nur die Fassade erinnert an die Vergangenheit.

brückens. Regierungspräsident Mathéus lamentierte, daß sie eine „energetische und leider auch zum Teil erfolgreiche Tätigkeit“ an den Tag gelegt hätten. Bürgermeister von 600 Dörfern hatten dem neuen Regime Treueide geleistet, obwohl sie damit den Verlust ihrer Pensionsansprüche riskierten. Sollte es der de facto-Regierung in Speyer gelingen, genügend Steuern für die Arbeitslosenunterstützung einzunehmen, würde sie alle wichtigen Hebel der Verwaltung kontrollieren<sup>86</sup>. Die Hohe Kommission des Rheinlands sollte im Januar darüber befinden, ob der neuen Regierung eigene Steuererhebungsrechte zugesprochen werden sollten. Die Zeit wurde also knapp. Eberlein notierte scharfsinnig, daß die vom Bauernstand beherrschte Heinz-Orbis-Gruppe wachsende politische Differenzen mit den radikalen Gewerkschaftlern hatte, die die Ludwigshafener Arbeitslosen vertraten. Gleichviel, wenn auch der Zersetzungsprozeß in den Reihen der Separatisten fortschritt, konnte der Sozialdemokrat Johannes Hoffmann immer noch sein Autonomieprojekt im Rahmen der „großen rheinischen Republik“ wiederauflegen<sup>87</sup>.

Eberlein war derart verzweifelt, daß er vorschlug, die Bevölkerung der Pfalz durch „Hungernlassen, sprich die sofortige Einstellung aller Zahlungen für die Erwerbslosenfürsorge und sofortige Einstellung sämtlicher Lieferungen von Lebensmitteln“ niederzuzwingen<sup>88</sup>. Nicht gewillt, so weit zu gehen, befahl Staatskommissar Wappes am 22. Dezember, die Separatistenführer „um die Ecke“ zu bringen. Antz sowie die beiden mit der Vorbereitung des Coups befaßten Mitarbeiter waren um glaubhafte Nichtbeteiligung der leitenden Stellen bemüht. Deshalb unterließen sie es, Wappes oder Schmelzle über Einzelheiten des Vorhabens zu unterrichten. Analog stellte Heinrich Jolas bewußt keinerlei Fragen über die militärischen Stadtpläne von Speyer, die sich auf Antz' benachbartem Schreibtisch befanden<sup>89</sup>.

Jung rekrutierte eine Kampfgruppe von 21 Männern aus dem Wikingbund, dem Hermannbund und dem Bund Oberland. Obwohl besorgt über Jungs Unzuverlässigkeit, hoffte Antz, daß dessen Mitverschwörer seine Unzulänglichkeiten als taktischer Planer wettmachen würden. Zwei der

<sup>86</sup> Mathéus an Staatsrat Schmelzle, 7. Dezember; Mathéus an Reichsminister für die besetzten rheinischen Gebiete, 28. Dezember 1923, MA 107648, BHStA.

<sup>87</sup> Eberlein an Staatskommissar für die Pfalz, 1. und 24. Dezember 1923, MA 107648, BHStA.

<sup>88</sup> Eberlein an Staatskommissar für die Pfalz, 21. Dezember 1923; siehe allerdings die technischen Einwände vom Staatsministerium für Landwirtschaft, 11. Januar 1924, MA 107648, BHStA.

<sup>89</sup> Antz an Jolas, 27. März 1931, MA 107674; Vormerkung Jolas, 15. April 1931, MA 107668, BHStA.

leitenden Aktivisten, Rechtsanwalt Otto Leibrecht und Regierungsassessor Dr. Otto Graf, galten als erfahrene Frontkämpfer. Die drei anderen Leutnants, der Student Karl Weinmann vom Wikingbund, der Ingenieur Hugo Burgart vom Bund Oberland und der junge Mainzer Jurist Werner Best vom Deutschen Hochschulring, waren gebildete und tüchtige Männer. Antz' Vertrauen auf die untergebenen Verschwörer erwies sich trotzdem als Fehler<sup>90</sup>.

Am 5. Januar 1924 bestiegen Wappes und Eberlein den Zug nach Berlin, um Koordinierungsgespräche mit den einschlägigen Reichsstellen und gewissen Vertretern der Pfalz zu führen. Auf einer Sitzung in der Reichskanzlei legten sie einen Bericht über die politische Situation in der Region vor. Reichskanzler Marx gab die Zusicherung, „man werde zur Rettung des besetzten Gebietes bis zur Grenze des Äußersten gehen“. Es ist aber zu vermuten, daß man rücksichtsvollerweise Marx mit Einzelheiten nicht belastete<sup>91</sup>.

Die Liquidierung von Heinz-Orbis erwies sich als taktisch schwierig, aber strategisch äußerst erfolgreich. Der Vortrupp des Liquidierungskommandos passierte die Ludwigshafener Brücke nach Speyer und nahm seine Stellung im Wittelsbacher Hof am Abend des 8. Januar ein. Allerdings verpfuschten Jungs und Leibrechts Schwadronen, die mit der Bewachung der Straße beauftragt waren, den Rheinübergang. Sie brachen im Eis des Altwassers zwischen der Insel Flotzgrün und dem Fest-

<sup>90</sup> Antz an Jolas, 27. März 1931, ebd.; Will Hausmann an Pfalzkommissar, 10. April 1931, MA 107668, BHStA. Alle von Jungs wichtigsten Adjutanten machten später bedeutende Karrieren. Otto Graf war zunächst Reichstagsabgeordneter und 1949–53 als Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium bei der Verwirklichung des Schumanplans federführend. Siehe Ludwig Erhard an Otto Seeling, 4. November 1952, NL Ludwig Erhard NE I. 4/64, Ludwig-Erhard Stiftung, Bonn. Das herausragendste Beispiel dafür ist jedoch Werner Best, Verfasser der „Boxheimer Dokumente“ (die juristischen Pläne für Hitlers Machtergreifung), 1931; Justitiar, stellvertretender Leiter und führender Ideologe der Geheimen Staatspolizei bzw. des Reichssicherheitshauptamtes, 1935–40; nach Ausbruch des Kriegs Organisator der Einsatzgruppen in Polen; Chef der Verwaltung beim Militärbefehlshaber in Frankreich, 1940–42; Reichsbevollmächtigter in Dänemark, 1942–45. Siehe *Ulrich Herbert*, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989 (Bonn 1996). Herbert betont zurecht die „bemerkenswerten personellen und ideologischen Kontinuitäten zwischen der jungen rechtsradikalen Intelligenz der Weimarer Republik und der neuen SS-Elite“ des Dritten Reichs (ebd., 17). Die Juristen und Akademiker, die nach 1933 die Führungsgruppen innerhalb der SS und der Gestapo bildeten, hatten ihre wohldurchdachten Volkstumspostulate und sozialdarwinistischen Anschauungen gegenüber der Machtausübung schon während der Weimarer Republik entwickelt. Abschätzende Hinweise auf die „Banalität des Bösen“ (Hannah Arendt) unterschätzen ihr geistiges Niveau.

<sup>91</sup> Aktenvermerk Sperr, 5. Januar, auch Vormerkung Wappes, 5. Januar 1924, MA 107648, BHStA.

land ein und mußten umkehren. Die Speyerer Gruppe verschob die Aktion. Am 9. Januar übernahm Otto Betz, Eberleins routinierter Vertreter, die Leitung der Rheinüberschreitung und nahm einen Brückenkopf am Westufer ein. Am Abend kamen aber nur Heinz und zwei Kollegen statt dem gesamten Autonomistenkabinett zum Abendessen. Treffsicher erschob die Gruppe der Attentäter unter Karl Weinmann die drei verfügbaren Opfer. Draußen jedoch verlor Jung die Fassung und tötete versehentlich einen seiner eigenen Männer<sup>92</sup>. Das Sonderkommando kehrte niedergeschlagen zum Treffpunkt am Rhein zurück. Und am folgenden Tag mußte Antz gewandt verhandeln, um die Entlassung mehrerer Mittäter zu bewirken, die ungeschickterweise von der Badener Polizei verhaftet worden waren<sup>93</sup>.

Die Ermordung von Heinz und eine begleitende Pressekampagne, dirigiert von der Haupthilfestelle, sorgte dennoch für Jubel im ganzen Reich. Ausländische Sympathisanten teilten die Begeisterung. Die Haupthilfestelle hatte G.E.R. Gedye, dem deutschfreundlichen Korrespondenten der London Times, einen Tip im Voraus gegeben. Nur Minuten nach der Tat schickte Gedye einen ausführlichen Augenzeugenbericht ab, der die öffentliche Meinung in Großbritannien mobilisierte<sup>94</sup>. Beamte im Foreign Office äußerten ihre Zufriedenheit. Whitehall intervenierte nicht nur, um die Steuererlasse der autonomen Regierung zu blockieren, sondern hinterfragte auch die Berechtigung der Rheinlandkommission, per Stimmenmehrheit Entscheidungen zu treffen<sup>95</sup>. Der

<sup>92</sup> Ohne diese bedauerlichen Umstände zu erläutern, fungierte Jung später als leitender Redner bei der Errichtung eines Denkmals für seinen gefallenen Kameraden Franz Hellinger. Siehe „Den Freiheitskämpfern des 9. Januar 1924. Ein Gedenkblatt an den Befreiungskampf der Pfalz“ (Speyer 1932), in: NL Gustav Wolff, I-100/88, ACDP.

<sup>93</sup> Otto Grafs detaillierter Gedächtnisbericht über die Operation ist wiedergegeben in *Karlheinz Lintz*, Großkampftage aus der Separatistenzeit in der Pfalz (Edenkoben 1930) 93–138. Jung veröffentlichte eine höchst tendenziöse Schilderung. „Die Erschießung des Heinz-Orbis“, *Münchner Neueste Nachrichten*, 23. November 1930, MA 107674. Eberlein entgegnete mit einer verdeckten Korrektur in der *Pfälzischen Rundschau* vom 6. Dezember 1930, Kopie in MA 107668. Otto Betz bereitete seine Geschichte für das Staatskommissariat am 17. Dezember 1930 vor (ebd.). 1931 trug der Staatskommissar für die Pfalz die vertraulichen Aussagen der wichtigsten Beamten zusammen, die an dem Anschlag beteiligt waren, nun zusammenggezogen in MA 107668, BHStA.

<sup>94</sup> *Lintz*, Großkampftage 101–102; Knoch an Staatsministerium des Äußern, 24. Juli 1924, MA 107650, BHStA; G.E.R. Gedye, *The Revolver Republic* (London 1930). Zu Verbindungen zwischen Knoch, britischen Journalisten und ihren Freunden im Foreign Office s.a. *Karl Heinrich Pohl*, Bayern contra Stresemann, Die Aktivitäten des Gesandtschaftsrates Dr. Knoch, die besetzten Gebiete und die deutsche Sicherheitspolitik, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 42 (1979) 351–368.

<sup>95</sup> Miles Lampson, der Leiter des Central European Department, erläuterte: „Not that I

britische Generalkonsul in München wurde angewiesen, eine Untersuchung der Situation in der Pfalz durchzuführen. Er machte die erste Station in Heidelberg und ließ sich von Eberlein und Mathéus Stichworte liefern.

Die Lage der autonomen Regierung verschlechterte sich rasch. Am 19. Januar konnte Eberlein mit Befriedigung berichten: „Die seit langer Zeit vorbereitete Generaloffensive gegen die Separatisten in der Pfalz dürfte in der Hauptsache als durchgeführt zu betrachten sein.“<sup>96</sup> Die französische Regierung erkannte das Menetekel. Das interministerielle Ruhrkomitee in Paris konzidierte am 16. Januar, daß die Deutschen auf breiter Front den Widerstand wiederaufgenommen hätten, diesmal mit Erfolg. Konfrontiert mit dem Abfall seiner Alliierten sowie einer Finanzkrise suchte Poincaré beinahe um jeden Preis eine Verständigung<sup>97</sup>.

Es wäre unklug von der Bayerischen Regierung gewesen, sich das Gelingen der Unternehmung als Verdienst anzurechnen. Als der heiter gestimmte Wappes eine Versammlung der Pfalzreferenten über die blutigen Einzelheiten zu unterrichten versuchte, fiel ihm Jolas sofort ins Wort: „Wir wissen nichts und wollen nichts wissen!“ Der Vertreter des Justizministeriums schloß sich dem an: „Stimmt.“ Die amtlichen Kreise behielten also diskretes Schweigen<sup>98</sup>. Mangels anderer Kandidaten wurde Edgar Jung der Held des Tages. Als bekannt wurde, daß der Oberstaatsanwalt keine Strafverfolgung betreiben würde, „behaupteten mindestens hundert Pfälzer, den Heinz-Orbis erschossen zu haben“<sup>99</sup>. Jung hob in einer Ansprache im Löwenbräukeller hervor: „Deutscher sein, heißt Frankreich hassen.“<sup>100</sup> Stresemann schickte 5 000 Mark. Zur Unterstützung von Jungs Vorhaben, „die aktive Jugend im besetzten Gebiete vor innerpolitischen radikalen Einflüssen zu bewahren und sie den

defended the deed, very far from it; but there came a point where a patriotic race ... would kick against the pricks. Surely the remedy for this lay not in representations to the German government ... but rather in removing the irritant, namely, the support of German secessionists in the Palatinate.“ Siehe Documents on British Foreign Policy, 1919–1939 (London 1985), 1st Series, Band XXVI, Nr. 332 (17. Januar 1924).

<sup>96</sup> Eberlein an Staatskommissar für die Pfalz, 19. Januar 1924, MA 107648, BHStA.

<sup>97</sup> Comité Interministériel Restreint, 12. und 16. Januar, Aufzeichnung Jacques Seydoux, 14. Januar 1924, B-RC 158, MAE.

<sup>98</sup> Vormerkung Jolas, 15. April 1931, MA 107668, BHStA.

<sup>99</sup> Zeugenaussage des Staatsanwalts von Heidelberg, wiedergegeben in Vormerkung Jolas, 15. April 1931, MA 107668, BHStA.

<sup>100</sup> Rede vom 27. März 1924, kommentiert in Jolas an Hausmann, 7. und 16. Januar 1931, MA 107674, BHStA.

großen staatspolitischen Zielen dienstbar zu machen“, öffnete Vizekanzler Jarres die Tresore des Innenministeriums<sup>101</sup>.

Währenddessen begann eine große Debatte zwischen den bayerischen Stellen. Regierungsdirektor Alfred Staehler\* von der Heidelberger Geschäftsstelle und pfälzische Politiker wie Michael Bayersdörfer waren gewillt, die Angelegenheit für erfolgreich abgeschlossen zu erklären und die Separatistenfrage jetzt ordentlich abzuwickeln. Generalstaatsanwalt Nortz repräsentierte die entgegengesetzte Auffassung. Er riet Kahr: „Der Kampf ist noch nicht zu Ende. ... Das Ziel Frankreichs, das es schon seit Jahrhunderten mit bewundernswerter Ausdauer verfolgt, den Rhein zu Frankreichs Grenzstrom zu machen, steht nach wie vor fest.“<sup>102</sup> Diese Überzeugung teilend beklagte Eberlein, daß man sich die Gelegenheit entgehen ließe, die Idee eines neutralen Staates auf „kerndeutschem Land“ für immer zu vereiteln. „Wenn also Frankreich so ungeheuer Wert darauf legt, ein solches neutrales Glacis zwischen sich und dem wiedererstarkenden Deutschland zu legen, [kann] dieser Wunsch Frankreichs mit Leichtigkeit erfüllt werden ... , indem man ... Elsass-Lothringen, Luxemburg und Flandern als neutrale Zone erklärt.“<sup>103</sup>

Zur Verdeutlichung der neuen geopolitischen Lage plante Eberlein einen bewaffneten Angriff auf die noch im Bezirksamt von Pirmasens verbliebenen Separatisten. Noch einmal verpatzten seine Leute die Sache. Als der Stoßtrupp nicht in Erscheinung trat, begann Kommandoführer Albert Gießler den Angriff mit einheimischen Freiwilligen. Die größtenteils betrunkene Menge zündete das Gebäude an, brach die Türen mit Hieb- und Stichwaffen auf, knallte einige Separatisten ab und entkam über Leitern als der Brand sich ausbreitete. Nach dem Bericht der Hauptthilfestelle wurde „der Afterbezirksamtmann Schwaab von der rasenden Menschenmenge buchstäblich in Stücke gerissen und der Leichnam desselben in das Feuer geworfen“. Die überlebenden Separatisten wurden auf der Straße mit Äxten in Stücke gehackt, nachdem sie aus den

<sup>101</sup> Jung an Stresemann, 22. September 1924; Jung an Jarres, o.D. [Mai 1924], wiedergegeben in Landtagsabgeordneter Paul Zitzlberger an Staatsministerium des Außern, 26. April 1925, MA 107674, BHStA. S.a. die umfangreiche Jung-Jarres Korrespondenz, 1924–26, in Nachlaß Karl Jarres Nr. 54, BAK. Mit dem Rat für zusätzliche Unterstützung für Jung schrieb Jarres dem Ministerium für die besetzten Gebiete am 14. Dezember 1925: „Nach meiner Überzeugung ist der Erfolg der Abwehr im Süden wesentlich seiner Tätigkeit zuzuschreiben“ (ebd.).

<sup>102</sup> Nortz' Bericht für den Generalstaatskommissar, „Der Separatismus in der Pfalz“, 21. Februar 1924, MA 107649, BHStA.

<sup>103</sup> Eberlein (Hauptthilfestelle) an Staatskommissar für die Pfalz, 3. Februar 1924, MA 107649, BHStA.

Fenstern gesprungen waren<sup>104</sup>. Als wollten sie den demütigenden Zusammenbruch des gallischen Prestiges in der Pfalz noch dramatisieren, machte sich die örtliche französische Garnisonstruppe rar. Eine Entsetzungskolonnen aus dem nur 23 Kilometer entfernten Zweibrücken brauchte volle acht Stunden bis nach Pirmasens<sup>105</sup>.

Stresemann verkündete seine Reaktion im Reichstag: „Wenn heute Protest dagegen erhoben wird, daß es zu Bluttaten gekommen sei, ... so soll man sich doch bewußt sein, daß es, wenn man die Geduld eines Volkes bis aufs Äußerste spannt, Taten gibt, die juristisch zwar zu verurteilen sind, die aber vor Gott und dem Göttlichen in uns, dem Gewissen des Menschen, durchaus zu verteidigen sind.“<sup>106</sup> Unmittelbar nach dem Massaker von Pirmasens setzte sich die politische Debatte in Bayern fort. Staehler und Bayersdörfers Kreisausschuß einigten sich darauf, mit einer alliierten Sonderkommission zusammenzuarbeiten, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Eberlein gab seinem Ärger über die verpaßte Gelegenheit Ausdruck, „General de Metz für immer zu erledigen“. „Es wäre ein gefahrvoller Optimismus zu glauben, daß heute ohne die Blutopfer, die in Speyer und Pirmasens gebracht worden sind, ein bayerischer Regierungspräsident wieder in Speyer hätte einziehen können. Die aktive Abwehrpropaganda in Wort und Tat war der Wegbereiter für diese Lösung.“<sup>107</sup> Gleichzeitig agierte Eberlein ganz nüchtern, um seinen radikalen Flügel unter Kontrolle zu halten. Als Kapitän Hermann Göring aus seinem österreichischen Unterschlupf seinen Heidelberger Verbindungsleuten die Ermordung von General de Metz anordnete, legte Eberlein sein Veto ein<sup>108</sup>.

<sup>104</sup> Bericht Albert Gießler an die Haupthilfestelle, „Erstürmung des Bezirksamtsgebäudes in Pirmasens am 12.2.24“; Bericht der Haupthilfestelle (Otto Betz) über die Ereignisse in Pirmasens, 18. Februar 1924, MA 107649, BHStA.

<sup>105</sup> Tirard an Poincaré, 16. und 23. Februar 1924 (Z-RG 42, MAE), wollte zunächst das verzagte Verhalten der lokalen Garnison geheimhalten. General Jules Mordacq, der ehemalige Adjutant Clemenceaus, nunmehr Kommandeur des 30. Armeekorps in Mainz, schlug Alarm. Ein öffentlicher Skandal brach aus. Degoutte an Ministre de la Guerre, 18. Februar; Poincaré an Tirard, 22. Februar; Maginot an M. le Président du Conseil (Europe), 28. Februar 1924, ebd., MAE.

<sup>106</sup> *Gustav Stresemann*, Vernächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden (Berlin 1932) Bd. 1, 317–318 (22. Februar 1924).

<sup>107</sup> Eberlein an Staatskommissar für die Pfalz, 23. Februar; Staehler an Schmelzle, 25. Februar 1924, MA 107649, BHStA.

<sup>108</sup> Treffen vom 8. März 1924, beschrieben im Protokoll der Sûreté, „Interrogatoire de SERFLING, Hans, de Mannheim“, in: Tirard an Poincaré, 2. April 1924, Z-RG 44, MAE.

Staatsrat Schmelzle pflichtete Eberleins mittlerer Linie bei. Er mißbilligte Attentate auf Besatzungsbehörden, lehnte es aber ab, einen Minister zu einer persönlichen Unterredung mit de Metz zu entsenden<sup>109</sup>. Und mannhaft wehrte er sich gegen die Auflösung der Haupthilfestelle, bis sie im Mai von der sozialistischen Regierung Badens geschlossen wurde, nachdem Frankreich die Besetzung Mannheims angedroht hatte<sup>110</sup>. Zu diesem Zeitpunkt hatte das Dawes-Komitee sein Sachverständigen-Gutachten zur Reparationsfrage vorgelegt, und Stresemann hatte, nach der ihm eigenen Diktion, „einen Sieg über den Imperialismus Frankreichs“ errungen<sup>111</sup>.

\* \* \*

1930 schrieb Edgar Jung, daß er und eine kleine Gruppe gleichgesinnter Helden eigenhändig die Ehre des Vaterlands während der Ruhrkrise verteidigt hätten. „Das pazifistische Dogma war damals Trumpf, und die deutsche Regierung ... begriff immer noch nicht, daß man der Doppeltzüngigkeit der Gegner nicht mit bürokratischer Ehrlichkeit begegnen könne. ... Endlich hatte man sich noch nicht zu jener Ethik durchgerungen, der alle Völker in ihren schweren Stunden huldigen müssen, sollen sie sich behaupten: der Ethik, die besagt, daß zur Rettung des Lebens eines Volkes alle Mittel recht sind.“<sup>112</sup> Das alte Team des Pfalzkommissariats fühlte sich ob dieses Anspruchs gekränkt, und das mit Recht. Tatsächlich hatten die höchsten Stellen der Regierungen in München und Berlin der Ermordung von Heinz-Orbis und seinen Anhängern, der Niederbrennung des Pirmasenser Bezirksamts, der Zirkulierung von gefälschten Régie-Francis und zahlreichen weiteren Sabotage- und Gewaltakten am Rhein zugestimmt, dafür bezahlt und sie mit ihrer Amtsgewalt gedeckt<sup>113</sup>.

<sup>109</sup> Vormerkung Schmelzle, 21. Februar 1924, MA 107649; Knilling (von Schmelzle geschrieben) an Staehler, 27. März 1924, MA 107650, BHStA.

<sup>110</sup> Telegramme Tirards an MAE, 16., 24. und 29. Mai 1924, Z-RG 45, MAE.

<sup>111</sup> Stresemann in Reichstagsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, 19. Februar, zitiert in: Preger an Staatsministerium des Äußern, 19. Februar 1924, BGB 1735, BHStA.

<sup>112</sup> *Edgar J. Jung*, „Die Erschießung des Heinz-Orbis“, Münchner Neueste Nachrichten, 23. November 1930, MA 107674, BHStA.

<sup>113</sup> Die Kontroverse entzündete sich aufs neue, als ein führender Nazi-Historiker der angeblich spontanen Selbsthilfe des Volkes 1923 die Unzulänglichkeit der deutschen und bayerischen Regierungen gegenüberstellt. Siehe *Paul Wentzke*, Separatismus. Angriff und Abwehr am Rhein 1923, Süddeutsche Monatshefte (Oktober 1933) 6–51. Der im Ruhe-

In der Rückschau gab Staatsrat Schmelzle der Überzeugung Ausdruck „daß die bayerische Regierung durch ihre Haltung im Jahre 1923 ‚Es gibt kein Verhandeln über die Pfalz mit irgend jemand‘ das Reich gerettet hat“<sup>114</sup>. Die beamteten Frontkämpfer, die die Befehle vollstreckt hatten, stimmten nachdrücklich zu. „Es war ein Glück“, sinnierte Staatskommissar Heinrich Jolas, „daß über die Zukunft von Rheinland, Hessen und Pfalz nicht in Köln, Darmstadt und Karlsruhe, sondern fernab vom Rhein in Berlin und München entschieden wurde“<sup>115</sup>. Es überrascht nicht, daß Adenauer anders urteilte. „Das Verdienst daran, daß damals das Rheinland nicht abgeschrieben wurde“, rechnete er sich eindeutig selbst an<sup>116</sup>. Aber wenn Deutschland die schwersten Ketten des Versailler Vertrags 1923–24 abstreifte, spielte die Militanz der Reichskanzlei in Berlin und der Staatskanzlei in München dabei eine große Rolle. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Treibhauspflanze der Demokratie in dem Klima der staatlich sanktionierten politischen Gewalt gedeihen konnte. Der Journalist Tim Klein, Leiter des Kulturteils der Münchner Neuesten Nachrichten, schlug am Tag nach dem Hitlerputsch eine mögliche Antwort vor:

Ihr habt bei Nacht und Nebel gekriegt,  
Und euer Feind – er lag besiegt.  
Doch als ihr die Leiche bei Licht erkennt,  
War es das eigene Vaterland<sup>117</sup>.

stand lebende Staatskommissar Heinrich Jolas verfaßte einen zornigen Protest mit dem Vorwurf einer Geschichtsverfälschung. Siehe Jolas an Wentzcke, 23. Oktober 1933, MA 105999, BHStA; auch Jolas, *Berufliche Erlebnisse* Bd. 3, 203–208.

<sup>114</sup> Schmelzle an Staatsministerium des Äußern, 5. April 1933, MA 107697, BHStA.

<sup>115</sup> Jolas, *Berufliche Erlebnisse* Bd. 2, 276.

<sup>116</sup> Karl Dietrich Erdmann, Unterredung mit Konrad Adenauer, Dienstag, 9. März 1965, in: Klett-Cotta. Das erste Jahrzehnt, ein Almanach 1977–1987 (Stuttgart 1987) 188.

<sup>117</sup> Zitiert in: *Stresemann*, Vermächtnis Bd. 1, 241.

## Anhang: Dramatis Personae

Konrad Adenauer (1876–1967), 1917–33, 1945 Oberbürgermeister von Köln; 1920–33 Präsident des Preußischen Staatsrats; 1949–63 Bundeskanzler. 1922 hat Kardinal Faulhaber ihm eine päpstliche Auszeichnung verweigert, weil er als Präsident des Münchner Katholikentages ohne Umschweife die Republik-treue befürwortet hatte.

Walter Antz (1888–1955), Vetter und Vertrauter von Heinrich Jolas; 1919–23 Bezirksamtmann von Zweibrücken; 1923–25 Sachbearbeiter beim Pfalzkommissariat; 1925–30 bei der Polizeidirektion München; ab 1930 Polizeidirektor in Ludwigshafen. Nach seiner Entnazifizierung 1947 Rechtsrat in Nördlingen und Reg.-Vizepräsident in Ansbach. Hielt sich für einen unpolitischen Berufspolizisten.

Michael Bayersdörfer (1867–1940), Sanitätsrat und Krankenhausarzt in Neustadt/Haardt; Vorsitzender der BVP in der Pfalz; 1920–24 stellv. Vorsitzender des pfälzischen Kreistags; 1924–33 MdR. Obwohl er während der Krise von 1923–24 mit äußerster Geschicklichkeit agierte, hielt ihn das Staatsministerium des Äußern für nicht genügend militant; diese Beleidigung verletzte seine Selbstachtung.

August Ritter von Eberlein (1877–1949), Oberstudiendirektor in Pirmasens; 1914 mobilisiert als Leutnant (bald danach Hauptmann) der Reserve, Träger des Max-Joseph-Ordens aufgrund seines Einsatzes bei Gefechten in den Vogesen, nahm später an Kämpfen in Belgien, Rumänien und im Baltikum teil; 1919–24 Leiter der Zentralstelle für pfälzische Angelegenheiten bzw. Haupt-hilfestelle für die Pfalz; trat nach erfolgloser Tätigkeit in Holzbau- und Film-industrie zur NSDAP über; kämpfte als Oberst und Kommandeur eines Siche-rungsregimentes im Zweiten Weltkrieg gegen Partisanen in Griechenland; starb nach fünfjähriger jugoslawischer Militärgefangenschaft in Sarajevo.

Louis Hagen (1855–1932), führender Kölner Privatbankier, geb. Louis Levy, nahm 1893 den Namen seines Schwiegervaters an; ab 1873 Erbe und Inhaber des Bankhauses A. Levy; ab 1922 Mitinhaber des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie; Meister der unternehmerischen Kombinatorik, Mitglied von insg. 64 Aufsichtsräten; 1915–32 Präsident der Kölner Industrie- und Handelskammer; bemühte sich 1923–24 erfolglos um die Bildung der Rheinisch-Westfälischen Notenbank. Bekannt für seine katholische Frömmigkeit, wurde er von denen, die seine jüdische Herkunft hervorheben wollten, mit satirischem Verweis als „heiliger Louis“ bezeichnet.

Franz-Josef Heinz, genannt Heinz-Orbis (1884–1924), Landwirt in Orbis bei Kirchheimbolanden, im Ersten Weltkrieg Artillerieunteroffizier; 1921–23 Gesamtvorsitzender der Freien Bauernschaft, Mitglied des Kreistags (DVP); 1923–24 Präsident der Autonomen Pfalz; ihm wurde ein christliches Begräbnis durch den Bischof von Speyer verweigert. Ein gewandter Volksredner, wurde von Gegnern als herrschsüchtig und prahlerisch getadelt.

- Johannes Hoffmann (1867–1930), Volksschullehrer in Kaiserslautern, 1887–1908, 1920–23; ab 1908 Führer der pfälzischen SPD; 1920–30 MdR; 1918–19 Kultusminister unter Kurt Eisner; 1919–20 Ministerpräsident der bayer. Regierung in Bamberg; Landesverratsklage gegen ihn wurde 1924 eingestellt; Hoffmann fehlte es nicht an Mut. Nach dem Scheitern seines Versuchs, die Pfalz von Bayern loszureißen, weigerte sich das Kultusministerium, ihn wieder in den Staatsdienst aufzunehmen oder seiner Witwe eine Pension zu bewilligen.
- Karl Jarres (1874–1951), 1914–33 Oberbürgermeister von Duisburg; von den Belgiern während der Ruhrbesetzung verhaftet, in Handschellen vor Gericht gestellt und ausgewiesen; 1923–25 Vizkanzler und Innenminister; kandidierte 1925 für den rechtsparteilichen Reichsbürgerblock als Reichspräsident; nach 1933 Aufsichtsratsmitglied der Ruhrunternehmen, u.a. Klöckner-Werke. Trotz langer Studienzzeit in London und Paris von vaterländischer Gesinnung alten Stils besessen.
- Heinrich Jolas (1866–1949), Verwaltungsbeamter in versch. Stellen, zuletzt als Polizeireferent in Oberbayern; als Regierungsrat in Speyer, hat 1909–13 die elektrische Versorgung der Pfalz mitgeplant; ab 1919 leitende Figur hinter den Kulissen im Pfalzkommissariat; 1919–33 Staatskommissar für die Saarpfalz, 1925–30 Staatskommissar für die Pfalz; überzeugter Nazigeegner, schlug 1927 als erster vor, die sog. ‚Rheinland-Bastarde‘ zu sterilisieren.
- Gustav von Kahr (1862–1934), 1917–20 nach Verwaltungslaufbahn im bayer. Innenministerium Regierungspräsident von Oberbayern; 1920–21 bayer. Ministerpräsident; 1923–24 Generalstaatskommissar; 1924–30 Präsident des bayer. Verwaltungsgerichtshofs; während des sog. Röhmputschs von den Nationalsozialisten ermordet.
- Eugen von Knilling (1865–1927), 1912–18 bayer. Kultusminister; 1920–22 MdL (BVP); 1922–24 Ministerpräsident; danach Präsident der Staatsschuldenverwaltung. Witzig, voller Humor, als geheimer Freigeist bei Akademikern in der Schulverwaltung beliebt, galt er später aufgrund seiner Neigung zur Bequemlichkeit als Opportunist.
- Siegmond Knoch (1881–1945), 1912 nach Sprachstudien in Paris und Oxford Eintritt in den bayer. Staatsdienst; 1915–18 Mitglied der Zivilverwaltung beim Stab des Deutschen Generalgouverneurs in Brüssel; 1918–24 Dolmetscher und politischer Berater im Rang eines Gesandtschaftsrats bei der Regierung der Pfalz; 1924–30 bayer. Vertreter bei den Reichskommissaren bei der Interalliierten Rheinlandkommission; aufgrund seiner Opposition gegen Stresmann gelang es ihm nicht, zum deutschen Delegierten im Völkerbund ernannt zu werden; 1930–33 Auslandsreferent der Staatskanzlei, wurde wider Willen in den Ruhestand versetzt, da seine Kritiker seine sprachlichen Talente für politische Zuvorkommenheit gegenüber den Franzosen hielten. Von glühendem Eifer beseelt, pflegte Knoch nützliche Kontakte mit ausländischen Journalisten, jedoch ermüdete sein ‚Wortschwall in Rede und Schrift‘ seine

- diplomatischen Gesprächspartner und brachte seine Vorgesetzten gegen ihn auf.
- Jakob Mathéus (1862–1946), stattliche Figur mit gewirbeltem Schnurrbart, verbrachte fast die ganze Beamtenlaufbahn nach 1891 in der Pfalz; 1902–20 Vorstand des Bezirksamts Ludwigshafen, zuletzt als ORR; knüpfte gute Beziehungen zu Gewerkschaftsvertretern sowie Wirtschaftsführern an; 1920–33 Mitgl. d. Aufsichtsrats d. Pfälzischen Hypothekenbank; 1920–23 Leiter der Kammer des Innern und Regierungsdirektor in Speyer; 1923–28 Leiter der Geschäftsstelle der Regierung der Pfalz in Heidelberg, bzw. Regierungspräsident in Speyer. Als ‚richtiger Mann für diesen wichtigen Posten in gefährlicher Zeit‘ allgemein anerkannt, wurde er nichtsdestoweniger wegen seines protestantischen Glaubens von Innenminister Karl Stützel rechtzeitig in den Ruhestand versetzt.
- Eugen Mayer (1883–1963), nach Dienst im bayer. Ministerium des Innern 1921–32 als Referent des Staatssekretärs für Besatzungs- und Westmarkfragen ins Reichsministerium für die besetzten Rheinischen Gebiete bzw. Reichsministerium des Innern versetzt; 1932–51 wieder im bayer. Staatsdienst, zuletzt als Ministerialdirigent im Kultusministerium; von seinen Mitarbeitern wegen seines Ideenreichtums als ‚Maschinengewehr‘ bezeichnet; Verfasser zahlreicher Publikationen im Rheinischen Beobachter und später zu Themen der pfälzischen Heimatkunde.
- Adalbert François Alexandre de Metz, geb. 1867, Sprößling des katholischen Adels, Absolvent von Saint-Cyr, Kolonialkarriere u.a. in Marokko; Kavallerieoberst im Ersten Weltkrieg, Freund von General Maxime Weygand; 1918 Oberkontrolleur in Kaiserslautern, Gegner der groben Verwaltungspolitik General Gérards; 1920–24 als Brigadegeneral Oberdelegierter der Rheinlandkommission in der Pfalz. Ein gebildeter und belesener Offizier, bemühte sich, deutsch zu lernen. De Metz bezeichnete sich als Exzellenz und versuchte, die Pfälzer durch Höflichkeit und Hochkultur für Frankreich zu gewinnen; träumte von einer christlichen Verbindung Frankreich-Bayern-Österreich. Von pfälzischen Honoratioren 1923–24 der Heuchelei angeklagt, wurde de Metz durch die Regierung Herriot seines Postens enthoben, der regulären Armee wieder eingegliedert und als Kommandeur des Forts von Grenoble gezielt der Vergessenheit überantwortet.
- Eduard Nortz (1868–1939), ab 1903 Regierungsrat in Speyer; 1918 im bayer. Staatsministerium des Äußern; 1920–21 Landesentwaffnungskommissar und Staatskommissar zur Bekämpfung des Aufbruchs in Oberfranken; 1921–23 Polizeipräsident in München; danach Generalstaatsanwalt am Verwaltungsgerichtshof; Organisator des ‚Pfälzer Treuebunds‘ in München.
- Emmanuel Marie Joseph Peretti de la Rocca (1870–1958), freimütiger und aufrichtiger Berufsdiplomate, 1920–24 Direktor der Abteilung Politik und Handel des frz. Außenministeriums; 1924–31 Botschafter in Madrid und danach in Brüssel; 1940 Vorsitzender des Rats für politische Justiz in Vichy.

- Raymond Poincaré (1860–1934), 1887–1903 Mitglied der frz. Deputiertenkammer, ab 1903 des Senats; seit 1893 Inhaber verschiedener Ministerialämter; 1912–13, 1922–24, 1926–29 Ministerpräsident; 1913–20 Staatspräsident; Befürworter der ‚juste milieu‘, als Poincaré-la-guerre ungerecht verleumdet.
- Konrad von Preger (1867–1933), Beamter im Kultusministerium, zuletzt als Ministerialdirektor (1906–14); 1914–19 Generalstaatsanwalt d. Verwaltungsgerichtshofes; 1919–32 bayer. Gesandter bei der Reichsregierung. Trotz hoher geistiger Begabung und guter Informationsquellen stieß der hochmütige Preger auf Schwierigkeiten, sich als Nachfolger des beliebten Grafen Lerchenfeld zu behaupten. „Mehr als korrekte Höflichkeit“, so seine Untergebenen, „konnte niemand von dem frostigen Manne erfahren“.
- Friedrich Profit (1875–1951), ab 1906 Bezirkssekretär der SPD in der Pfalz; 1912–21 MdL (Bayern); rühmtester Kämpfer unter den pfälzischen SPD-Landtagsabgeordneten bei der Separatistenabwehr von 1919; 1921–30 Ministerialrat für sozialpolitische Fragen im Ministerium für die besetzten Rheinischen Gebiete, diente während des Widerstands gegen die frz. Besatzung als Verbindungsmann mit Gewerkschaftsstellen in Heidelberg, Dortmund und Köln; 1930–33 Referent für Saargängerfragen im Reichsarbeitsministerium. So eng mit BVP-Mitarbeitern verbunden, daß er bei der Fronleichnamsprozession „mit der Kerze unmittelbar hinter dem Himmel schritt“; fand es schmerzlich, daß er infolge seiner Gegnerschaft zum Nationalsozialismus am Saarabstimmungskampf 1935 nicht teilnehmen konnte.
- Hans Schmelzle (1874–1955), trat nach Abschluß seiner preisgekrönten Dissertation „Staatshaushalt des Herzogtums Bayern im 18. Jahrhundert“ 1904 in den Staatsdienst ein; schrieb als Mitarbeiter des Statistischen Landesamts (1908–14) grundlegende Studien über die bayer. Wirtschaft und Gesellschaft; 1914–18 in verantwortlichen Stellen im bayer. Ernährungswesen; 1919 Präsident der bayer. Landwirtschaftsbank; 1920 Ministerialrat in der Staatskanzlei; 1921–27 Staatsrat im Ministerium des Äußern; 1927–30 bayer. Finanzminister; 1931–39 tätig im bayer. Verwaltungsgerichtshof bzw. Staatsgerichtshof des Reiches.
- Franz Sperr (1878–1945), Sprößling einer alten Beamtenfamilie, 1897–1918 Laufbahn im bayerischen Heer, zuletzt als Oberstleutnant; 1918 bayer. geschäftsführender Militärbevollmächtigter; 1919–32 stellvertretender Bevollmächtigter zum Reichsrat; 1933–34 bayer. Gesandter in Berlin; 1934 auf eigenen Wunsch in den vorzeitigen Ruhestand versetzt als Protest gegen die Aushöhlung der Eigenstaatlichkeit Bayerns. Überzeugter Monarchist und Vertrauter Kronprinz Rupprechts, nach dem 20. Juli 1944 verhaftet und in Plötzensee hingerichtet.
- Alfred Staehler (1867–1938), 1897 Eintritt in den bayer. Staatsdienst, Bezirksamtmannt bzw. Regierungsrat u.a. in Germersheim, Bayreuth, Illertissen, Ansbach; 1917–20 Landwirtschaftsfachmann bei der Reichsgetreidestelle; 1920–32 Regierungsdirektor und Leiter d. Kammer d. Innern bei der Regie-

- rung der Pfalz in Speyer; versah Feb.-Juli 1923, März-Sept. 1924 kommissarisch das Amt des stellvertretenden Regierungspräsidenten; Juli-Dez. 1923 von den Franzosen inhaftiert, nachdem er sich geweigert hatte, Gendarmen die Bewachung der Eisenbahnlinien zu befehlen. Als nüchtern denkender und politisch moderater Protestant wurde Staehler 1928 nach dem Ausscheiden von Mathéus bei der Beförderung übergangen.
- Gustav Stresemann (1878–1929), MdR seit 1907; leitender Politiker in der Nationalliberalen- bzw. Deutschen Volkspartei; starker Annexionist im Ersten Weltkrieg; 1923 Reichskanzler; 1923–29 Reichsaußenminister; 1926 Friedensnobelpreisträger; erhielt aufgrund seiner politischen Talente von zahlreichen Historikern einen Persilschein.
- Paul Tirard (1870–1945), Sprößling einer bekannten Politikerfamilie, machte kompetente Karriere im Conseil d'Etat; Dozent für Verwaltungslehre an der Ecole des Sciences Politiques; Kabinettschef für mehrere Minister; 1912–14 Generalsekretär des Protektorats von Marokko; diente im Ersten Weltkrieg (zuletzt als Oberstleutnant) auf Militärmissionen in Rußland sowie in den Stäben von Joffre und Foch; 1918–19 Contrôleur-Général de l'Administration des Territoires Rhénans; 1919–30 frz. Haut-Commissaire dans les Provinces du Rhin. Für seine Schlaueit und Umsicht berüchtigt, ließ er sich von niemandem in die Karten schauen.
- Lorenz Wappes (1860–1952), ab 1909 Leiter des pfälzischen Forstwesens; Staatskommissar für die Pfalz, 1921–25, diente als liebenswürdiges Aushängeschild, aber delegierte die Verwaltungsaufgaben an seine Untergebenen; 1919–33 Vorsitzender des Deutschen Forstvereins. Als Ministerialdirektor i.R. veröffentlichte er mehr als 125 Publikationen im Fachbereich Forstwissenschaft.
- Theodor von Winterstein (1861–1945), 1902–5 Regierungsrat bei der Regierung der Pfalz; 1905–18 Beamter im Kultusministerium, zuletzt als Ministerialdirektor; 1918–19 Regierungspräsident der Pfalz, von der frz. Militärbehörde ausgewiesen; 1919–21 Staatskommissar für die Pfalz; 1921–27 Regierungspräsident der Oberpfalz und von Regensburg. Parteiloser und landestruer Verwaltungsbeamter, lehnte er 1921 das Angebot, Staatssekretär im Reichsministerium für die besetzten Rheinischen Gebiete zu werden, ab.